

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 134 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 3/2006 · VOM 3. MÄRZ 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Der brave Soldat Schweyk:**
Je suis un voyou
Zum 3. Jahrestag des Irak-Krieges

4 | **Linkspartei.PDS**
Eberswalde mit neuer Spitze
Seit 16 Jahren mit Engagement dabei

12 | **Eine Chance zur**
Vollbeschäftigung
Innovationen: Arbeitszeit neu denken

Ende der Narrenzeit?

Jetzt woll'n wir den Rathaus Schlüssel

Eberswalde (em). Schon am Rosenmontag 2005 hatte sich Eberswalder Montagsdemo in die Rückgabe des Rathaus Schlüssels durch die Eberswalder Narren an den Bürgermeister eingemischt. Eine Abordnung von drei Vertretern war mit einem humoristischen Text zur Schlüsselübergabe gegangen, war aber nicht zu Wort gekommen. »Die Montagsdemo findet draußen vor der Tür statt«, hatte Bürgermeister Schulz die Vertreter vor die Tür zu weisen versucht.

Die Eberswalder Montagsdemo nutzte auch in diesem Jahr die Chance, am Rosenmontag auf sich aufmerksam zu machen. Diesmal waren es zehnmal so viele Montagsdemonstranten, die der freundlichen Einladung der Karnevalisten Folge leisteten. Sie reflektierten auch nicht darauf, reden zu wollen. Was zu sagen war, führten sie auf Schrifttafeln mit sich. »Schluß mit lustig, jetzt wollen wir die Rathaus Schlüssel« und »Wer mit 331 Euro im Monat auskommt, kann auch den Haushalt sanieren«, »Schlüssel her, jetzt wollen wir regieren«.

Interessiert und skeptisch, aber auch mit Sympathie wurde der Einzug der 25 bis 30 Montagsdemonstranten registriert.

Oberrath Walther wandte sich an den amtierenden Bürgermeister: »Heute hat Towarisch Triller keinen Grund zur Dienstaufsichtsbeschwerde, denn vor uns steht der amtierende Bürgermeister.« Immerhin eine spontane Reaktion auf den Einzug der Montagsdemonstranten, aber doch nur in Form einer Verbeugung vorm Herrn und Meister, wie von einem Hofnarren nicht anders zu erwarten.

Mit Liebedienerei hatten sich die Eberswalder Narren schon bei ihrem Brandenburgauftritt vor Herrn Platzeck hervor getan. Wohl nicht mal im Scherz würden diese Narren den Montagsdemonstranten den Rathaus Schlüssel geben.

Etwas mehr Fingerspitzengefühl zeigte der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann, der an die Demonstranten gewandt um Verständnis

dafür warb, daß der heutige Tag ein Grund zum Feiern wäre. Er sei sich der Probleme mit Arbeitslosigkeit und Hartz IV sehr wohl bewußt, aber er habe nicht die Kompetenzen des Bundes, des Landes oder Landkreises. Er wolle sich aber bemühen, das in seinen Kräften stehende zu tun, um für Verbesserungen zu sorgen.

Im weiteren Programm wurde mit starker Beteiligung der Anwesenden der Gassenreißer »Wo ist mein Geld nur geblieben« gesungen. Daraus ergibt sich zwingend der Schluß, daß die nächste Stadtverordnetenversammlung diesen Song zur Stadthymne erklären sollte.



Genügend Unterschriften für die Abwahl

Eberswalde (bbp). Mit zunehmendem Mißmut hatten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde auf die Untätigkeit ihrer Stadtverordneten geschaut. Ein ganzer Monat schon war seit der Urteilsverkündung gegen Bürgermeister Reinhard Schulz vergangen. Der Landrat hatte Schulz von seinem Amt suspendiert und Gerüchten zufolge soll sich Schulz in Begleitung des Tierpardirektors schon im Salzburger Land in Österreich bei seinem alten Freund Josef Brandstetter nach einem neuen Job umgesehen haben. Doch die Stadtverordneten warteten immer noch ab, prüften rechtliche Möglichkeiten oder begannen sich dreinzufinden, die künftigen zwei bis drei Jahre ohne Bürgermeister zuzubringen. Schon kursierten erste Überlegungen, die fällige Abwahl des verurteilten Bürgermeisters mittels Bürgerbegehren herbeizuführen,

da ergriff endlich die PDS-Fraktion die Initiative. Deren Vertreter im Hauptausschuß nutzten die Sitzung am 9. Februar, um den anderen Fraktionen einen vorbereiteten Abwahantrag zu übergeben.

Die gesetzliche Mehrheit der StVV, das sind neunzehn Stadtverordnete, muß unterschreiben. Die kleinen Fraktionen Grüne/BFB, FDP und Allianz freier Wähler hatten sich schon vorher für eine Abwahl ausgesprochen. Zusammen mit der Linkspartei.PDS konnten somit 18 Unterschriften als sicher gelten. CDU und SPD hatten Schulz bis zuletzt unterstützt. Uta Behr (CDU) gab das ihr übergebene Antragsformular sogar mit einem bösen Kommentar wieder zurück. Dennoch steht der Antrag inzwischen kurz vor der Einreichung.

Fortsetzung Seite 2

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

AM 13.3. UND FOLGEND ALLE 14 TAGE AUF DEM MARKTPLATZ. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Kein Genmais auf den Acker

Als neues Allheilmittel für die Landwirtschaft wird die Gentechnik verkauft. Zum Beispiel beim Maiszünsler-Befall im Oderbruch: statt herkömmlicher ackerbaulicher Maßnahmen heißt die Lösung nun Anbau von Bt-Mais. Dieser gentechnisch veränderte Mais produziert ein Protein des *Bacillus thuringiensis*, das für den Maiszünsler giftig ist. Diese Methode ist billig und erfolgreich, spart Pflanzenschutzmittel und erhöht die Erträge – angeblich.

Für dieses Jahr sind allein in Brandenburg über 1000 ha Genmais zum Anbau angemeldet worden. Doch langfristige Untersuchungen in Nordamerika haben ergeben, daß die Erträge zurückgehen und sich der Pestizideinsatz deutlich – entgegen den Versicherungen – erhöht hat. Zudem steigert der massive Einsatz der Gentechnik in den USA die Verseuchung des Grundwassers, den Rückgang der Artenvielfalt und die Verarmung der Böden.

Auch sind die Exporte US-amerikanischer Produkte in den letzten Jahren eingebrochen, weil viele Hersteller auf der ganzen Welt Angst vor einer Kontamination mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) haben. Nach wie vor wollen 70 % der europäischen Verbraucher keine Gentechnik auf ihrem Teller. Auch viele Landwirte stehen dem Einsatz von Gentechnik ablehnend gegenüber. Von Politik und Bauernverband allein gelassen, schließen sie sich in gentechnikfreien Regionen zusammen, um sich die Marktzugänge für die große Nachfrage nach GVO-freien Produkten zu sichern.

Gleichwohl treibt vor allem die Märka mit ihrer monopolartigen Stellung in Ostbrandenburg den Genanbau voran. Im Januar 2006 wurden die Landwirte an die Anmeldefristen für das Standortregister erinnert und den Nachbarbetrieben die Abnahme des Körnermais ohne Tests auf Kontamination durch den angebauten Genmais zugesagt. Über die finanzielle Beteiligung von Märka an einigen Betrieben, die Bt-Mais zum Anbau angemeldet haben, wird in vielen Dörfern unverhohlen geredet. Offen bleibt die Frage, warum Märka im engen Zusammenspiel mit Monsanto ein so großes Interesse hat, den GVO-Anbau in Brandenburg trotz der Widerstände in vielen Regionen und gegen den Markttrend voranzutreiben.

Am 3. März 2006 findet der bundesweite Aktionstag gegen Gentechnik statt, um ins Gedächtnis zu rufen, daß Koexistenz nicht möglich ist. Mit einer Aktion bei der Märka will das Aktionsbündnis auf deren besondere Rolle beim Gentechnikanbau in Brandenburg aufmerksam machen. Ab 10 Uhr treffen sich Landwirte und Verbraucher mit Treckern oder zu Fuß in der gentechnikfreien Kommune Eberswalde am Karl-Marx-Platz zu einer Auftaktkundgebung. Danach zieht ein Demonstrationsszug bis zur Märka in die Britzer Straße, wo verschiedene Landwirte ihre Ängste und Befürchtungen zur Gentechnik äußern werden.

SILVIA BENDER, Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin-Brandenburg

Junge Mitglieder im PDS-Stadtvorstand

Der Stadtverband Eberswalde der Linkspartei.PDS hat am 17. Februar 2006 auf einer Gesamtmitgliederversammlung einen neuen Stadtvorstand gewählt. Er wurde von zuletzt sechs auf jetzt neun Mitglieder erweitert. Drei Vorstandsmitglieder sind nun jünger als 30 Jahre. Jüngstes Mitglied ist die 19jährige Schülerin Susan Stolzmann, die auch stellvertretende Landesvorsitzende des sozialistischen Jugendverbandes solid ist.

Zur neuen Vorsitzenden wurde Maria Kausch gewählt. Die 54jährige ist auch Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Kreistages und vertritt die Linkspartei.PDS im Kreistagsausschuß für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft. Maria Kausch ist zudem Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Ingeborg Kolodzeike.

Wohl prominentestes Mitglied des Stadtvorstandes ist Heinz Dobberstein. Der 81jährige war Abgeordneter des 3. Brandenburger Landtages und auch dessen Alterspräsident.

Fortsetzung von Seite 1

Genügend Unterschriften für die Abwahl

In der SPD fand ein Diskussionsprozeß statt. Der Finower Ortsverein positionierte sich öffentlich für die Schulz-Abwahl. Auch im SPD-Ortsverein Eberswalde drängt eine Mehrheit auf eine schnelle Entscheidung. Mindestens drei SPD-Stadtverordnete erklärten sich bereit, den Abwahantrag mit zu unterschreiben. Und es gibt klare Signale, daß bei einer Abstimmung – dann ist eine Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit, das sind 25 Stadtverordnete, notwendig – weitere Mitglieder der SPD-Fraktion für die Abwahl votieren werden.

Auch bei der CDU gibt es Anzeichen für ein Umdenken. Nach der schroffen Ablehnung durch Uta Behr wurde das Antragsformular in-

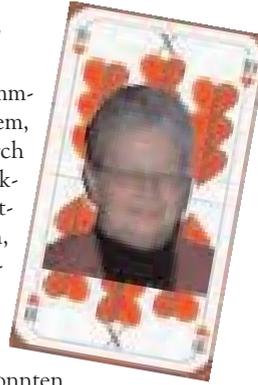
zwischen von anderen Fraktionsmitgliedern geordert.

Die Mitgliederversammlung beschloß außerdem, den Stadtverband durch Verbesserung der Strukturen der Mitgliederentwicklung anzupassen, mehr Bürgernähe zu erreichen und neue Mitglieder zu gewinnen. Der Stadtverband hat

167 Mitglieder. 2005 konnten neun Eberswalder als neue Mitglieder aufgenommen werden. Bei der Bundestagswahl 2005 hatten 31,8 Prozent der Eberswalder Linkspartei.PDS gewählt (Zweitstimmen).

Auf seiner konstituierenden Sitzung wählte der Stadtvorstand am 23. Februar Karin Wagner zur stellvertretenden Vorsitzenden. Karin Wagner ist auch Mitglied des Kreisvorstandes. Die Schwerpunkte seiner Arbeit will der neue Stadtvorstand in den nächsten Tagen bestimmen.

MARIA KAUSCH, Vorsitzende der Linkspartei.PDS Eberswalde



zwischen von anderen Fraktionsmitgliedern geordert.

Wegen der vorgeschriebenen »Abkühlungsfrist« werden die Stadtverordneten jedoch frühestens auf ihrer Sitzung am 27. April über den Antrag befinden. Spricht sich eine Zweidrittelmehrheit für die Abwahl aus, muß diese dann unverzüglich in die Wege geleitet werden, wobei »unverzüglich« in diesem Falle binnen 1 bis 3 Monaten heißt. Ein guter Termin für den Bürgerentscheid wäre – schon aus Traditionsgründen – der 25. Juni 2006. Vor elf Jahren, am 25. Juni 1995, war der Amtsvorgänger von Reinhard Schulz von den Eberswalderinnen und Eberswaldern abgewählt worden.

Eberswalde wieder im Klima-Bündnis

Eberswalde (bbp). Nachdem die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung im Dezember im Paket mit anderen Vereinskündigungen den Austritt der Stadt aus dem Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder (Clima del Alianza e.V.) beschlossen hatte, zögerte die Verwaltung keinen Augenblick. Schon einen Tag nach der StVV-Sitzung hatte die Verwaltung mit Einschreiben den Austritt aus dem Klima-Bündnis erklärt und bald darauf eine Kündigungsbestätigung erhalten. Doch bald rührte sich der Widerstand. Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt hatten kein Verständnis für die Entscheidung, zumal die Begründung, die Einsparung der 250 Euro Jahresbeitrag solle zur Reduzierung des Haushaltsdefizits beitragen, als überaus lächerlich empfunden wurde. Angeregt von der AG Umwelt (AGU) bei der Linkspartei.PDS Barnim wandten sich die AGU, das

Energiesparkontor Barnim, die Eberswalder Bündnisgrünen sowie der Verein Lokale Agenda 21 Eberswalde im Januar mit einem offenen Brief an die Stadtverordneten (BBP 2/2006). Von den Fraktionen Linkspartei.PDS und Grüne/BFB wurde diese Initiative aufgegriffen. Am 23. Februar stand die gemeinsame Beschlüßvorlage der beiden Fraktionen auf der Tagesordnung der Eberswalder StVV. Im Beschlüßtext heißt es: »Die Stadt Eberswalde macht ihren Austritt aus dem Klima-Bündnis ... rückgängig, sofern der Mitgliedsbeitrag über zweckgebundene Spenden aufgebracht wird. Die Stadt verpflichtet sich, weiterhin im Sinne der Ziele dieses Bündnisses zu handeln.« Ohne Diskussion bei nur einer Enthaltung durch die SPD-Stadtverordnete Birka Gaebel wurde der Wiedereintritt in das Klima-Bündnis mehrheitlich beschlossen.

Je suis un voyou

Schweyk zum 3. Jahrestag des Kriegsbeginns gegen den Irak

Aufgezeichnet und verbürgt von HARTMUT LINDNER, Senfenhütte/Berlin 2006

»Sprechen Sie Französisch?«, fragt Schweyk mit unschuldiger Miene die taz-Redakteurin im Einstein, an diesem lausigen Märztag, dem Vorabend des 3. Jahrestags des Kriegsbeginns gegen den Irak. »*Je suis voyou*. Verstehens das!«

»Ein Schurke sind Sie nicht, Herr Schweyk, ein Schlitzohr schon, vielleicht ein kleiner Gauner, wenn ich an ihren Hundehandel denk, aber Sie wollen wahrscheinlich auf die zweite Übersetzungsmöglichkeit hinaus, »Ich jage einen Schurken«, das schmeichelt Ihrem Selbstbild mehr?«

»Gnädige Frau, lassens mich bitte aus dem Spiel und meinen Hundehandel, wo ich schon lange nichts mehr verkauft hab, bitte auch. Kommen wir aufs Wesentliche. *Je suis un voyou*, das könnens übersetzen, wie Sie wollen, grad wie Sies wünschen, wies Ihnen in den Kram paßt. Das sind so die typisch französischen Zweideutigkeiten, die das Leben nicht gerade einfach machen, wo der *Schurkenjäger* zum *Schurken* wird, da wirds aber politisch und somit unverantwortlich. Sehens den französischen Präsidenten, den Herrn Chirac. Den einen Tag macht er den *Schurken*, wo sich partout nicht an der Verfolgung des Verbrechens und des Unrechts beteiligen will, den anderen Tag, verfällt er ins Maßlose, wie jüngst, wo er den Terroristen gleich mit den Atombomben der *Force de Frappe* zu Leibe rücken wollte, ohne auf den damit verbundenen Flurschaden zu achten. *Je suis un voyou*. Sehr richtig, Herr Präsident, kann ich da nur sagen. So ist es.

Das ist das alte Europa mit seiner dialektischen Methode, wo man nichts mehr richtig unterscheiden kann, wo Schwarz auch Weiß sein kann und umgekehrt, das weiß man nicht so genau. Diese Form der Philosophiererei und der sprachlichen Indifferenz, die verbitt ich mir, ich bin für klare Verhältnisse, ich bin ein altmodischer Mensch.

Da lobe ich mir doch den amerikanischen Präsidenten, den Bush mit seiner klaren Sprache. Dieser Mann ist berechenbar, da kommt nichts unverhofft, da ist alles gründlich vorbereitet, alles exakt kalkuliert.

Erinnern Ihnen noch an den langen Weg zum Krieg gegen den Irak, hams die Chronik dieses lang angekündigten Kriegs noch im Kopf? Das zog sich doch bald über ein ganzes Jahr hin. Das begann im Jahr 2002, schon im Frühjahr, mit dem Geschrei um die UN-Waffeninspektoren. Schon am 15.3.02 erklärt Bush geradezu prophetisch: »*Er (Saddam) ist ein Problem und wir werden uns mit ihm beschäftigen*«. Im April bereiste der Präsident Europa und schleuste seine Geheimdienstleute und Berater in die Redaktionen der wichtigsten Tageszeitungen und Fernsehsender und machte Stim-

mung gegen den Saddam. Zwischendurch, mal hin und wieder, ein paar Attacken auf die irakische Luftabwehr, die im Vorfeld des Krieges nach und nach zermürbt wurde. Ab und zu der Abschub eines irakischen Kampfflugzeugs, das in die Flugverbotszone über dem Irak eingedrungen war, da kannten die Amerikaner und Briten kein Pardon. Da war klar, die meinten es ernst. Die Lufthoheit über dem

Irak ließen sie sich nicht nehmen, nicht vor und auch nicht während des Kriegs. Das waren ja keine Hazardeure, die da alles in Schutt und Asche legten. Die gingen keine unkalkulierbaren Risiken ein. Das waren Profis, solide Handwerker würde man sagen, wens nicht so obszön war.

Das Tauziehen um die UN-Inspektoren, die die Abrüstung des Irak überwacht und dafür gesorgt haben, daß das Land wirklich abgerüstet war, als der Angriff dann endlich am 20.3. rollte, das hat unsere Nerven schon strapaziert. Die positive Leistung der UN-Inspektoren ist bei uns nie so recht gewürdigt worden, weil man dem Saddam ja allerlei böse Tricks und der UNO gar nichts zugetraut hat. Wie oft hat man uns nicht schon hintergangen, weil man unsere Naivität ausgenutzt hat!

Dann die Sitzung des UN-Sicherheitsrats, ein perfektes Timing: Jetzt, im Frühjahr 2003, wo die Angriffspläne fertig sind und die größte Hitze im Irak bald vorbei ist, man also mit den militärischen Operationen ungestört beginnen kann, da liegt dann auch fristgerecht die UN-Resolution vor.

Erinnern Ihnen noch an den werbewirksamen Auftritt von Außenminister Powell im Februar 2003, an seine erschreckend luziden Ausführungen über die mobilen Labors zur Herstellung von chemischen und biologischen Waffen, wo man sich gar nicht vorstellen kann und wo unglaublich sind? Ich krieg noch heut eine Gänsehaut, wenn ich nur daran denk.

Das konnte er ja nicht wissen, daß seine Unterlagen gefälscht waren, weil er sie vom BND bekommen hatte. Der Powell hat ja, was sein Unglück war und in dem Geschäft, das er treibt, eben so üblich, ja geradezu unverzichtbar ist, er hat den Quellschutz respektiert, so daß er sich später vor aller Welt entschuldigen mußte, der Gentleman, denn es waren unsaubere Quellen, aus denen er geschöpft hatte. Wenn er gleich gesagt hätte, daß er die sicheren Informationen vom BND hat, dann hätten ihn unsere Journalisten natürlich gewarnt oder einfach schallend ausgelacht, die kannten ja aus eigener Anschauung die Qualität der Ar-



beit der bundesdeutschen Schlapphüte; die haben den Dienst ja selber oft genug reingelegt, als er versucht hat, sie unter seine Kontrolle zu bringen oder zumindest auszuspionieren. Das war doch ein offenes Geheimnis. Nur der Powell wußte nichts davon, der glaubte an die deutsche Qualitätsarbeit, der Tölpel.

Viele fragen sich noch heute, weshalb es so lange gedauert hat und der Präsident ein ganzes Jahr lang zugewartet, vom Krieg nur gesprochen und nicht gleich losgeschlagen hat. Eine ganz unschuldige Frage.

Das liegt daran, weil er ein Genußmensch ist – die Vorfreude ist die schönste Freude, die wollte er sich nicht trüben lassen, durch den Anblick von abgeschossenen Flugzeugen, möglicherweise versenkten Schiffen und Milzbrandopfern, schrecklichen Bildern. Aber verstehens mich nicht falsch, er ist nicht nur ein Genußmensch, unser George Walker Bush, nein, er ist auch ein sehr gewissenhafter und gründlicher politischer Planer. Er weiß, daß der Colt für das nächste *shoot out* einfach in Schuß sein muß, bloß keine Ladehemmung, da darf nichts klemmen. Die Revolvertrommel muß richtig bestückt sein und gut geölt laufen.

Er freut sich am klackenden Geräusch, wenn er die Trommel des sechsschüssigen *Peacemakers*, der schwer, aber gut in der Hand liegt, mit Patronen bestückt. Er spürt den leichten Widerstand des Abzugshahns, er beobachtet, wie sich die Trommel mit der Patrone langsam in die richtige Position dreht. Als erfahrener Revolvermann weiß er, wo der Druckpunkt liegt, den er nicht überschreiten darf, denn danach gibt es kein Zurück mehr, da läuft alles mechanisch, automatisch, ohne unser Zutun ab, da springt der Hahn zurück und schlägt mit voller Wucht auf den Zündpunkt der Patrone und mit einem trockenen Knall jagt die Kugel aus dem Lauf, während zugleich der Rückstoß Faust und Unterarm erzittern läßt, darauf muß man vorbereitet sein.

So manche Stunde ist er im Oval Office gesessen und hat seinen *Peacemaker*, den Colt mit dem er als Jugendlicher so glückliche Tage auf der elterlichen Ranch verbracht hat, gewissenhaft studiert.

Es ging etwas sehr Beruhigendes von diesen einfachen Fingerübungen aus. Wenn er den Druckpunkt erreicht hatte, langsam den Zeigefinger entspannte und beobachten konnte, wie sich der Hammer gemächlich in die Ausgangsposition zurückbewegte, da wuchs in ihm wieder die Gewißheit, daß er alles im Griff hat, daß ihm die Dinge nicht aus der Hand gleiten würden und er sammelte sich zu einem kurzen stillen Gebet und dankte Gott, daß er ihm soviel Nervenkraft beschert hat in dieser großen Zeit der harten Prüfungen.

Aber er dankte Gott auch, daß er – und das spürte er in diesen stillen Momenten besonders intensiv – daß er ihn, George Walker Bush, als sein Werkzeug auserwählt hatte, um sein großes Werk der Erlösung der Menschheit aus diesem irdischen Jammertal zu vollbringen.

Maria Kausch an der Spitze der Eberswalder Linken

Eberswalde (bbp). Der Stadtverband der Linkspartei.PDS hat einen neuen Vorstand. Neue Vorsitzende der Eberswalder Linken wurde Maria Kausch. Sie erhielt 29 der 52 abgegebenen Stimmen und setzte sich damit klar gegen den bisherigen Vorsitzenden Jens-Olaf Melzow durch. Für Melzow stimmten 22 Mitglieder, ein Wähler machte seinen Stimmzettel ungültig.

Jens-Olaf Melzow war mit einem sehr selbstkritischen Rückblick auf seine zweijährige Tätigkeit als Vorsitzender vor die Mitgliederversammlung getreten. Die Dynamik der Wahlkämpfe des ersten Jahres mit den großen Erfolgen für die PDS, sagte er, konnte im zweiten Jahr nicht aufrecht erhalten werden. Das neue Bürgerzentrum der PDS sei vom Stadtverband nur ungenügend genutzt, es fehlte die nötige Koordination mit dem Kreisvorstand und den Fraktionen der Partei im Kreistag und in der Eberswalder StVV. Auch bei der Arbeit mit den Basisorganisationen räumte Jens-Olaf Melzow Mängel ein. Als Hauptgrund nannte er seine Ausbildung zum Versicherungsfachmann. Dadurch habe er oft kurzfristig wichtige Termine absagen müssen und konnte organisatorisch nicht so wirksam werden, wie er es gerne gewollt hätte. Hinzu kam, daß aus persönlichen (Robert Malinowski), gesundheitlichen (Karl-Heinz Kuntzsch) und schließlich auch sehr erfreulichen (Nachwuchs bei Sabine Büschel) Gründen der halbe Stadtverband aus-

fiel. Die Arbeit lastete fortan hauptsächlich auf Karin Wagner und Thorsten Duckert. Aushilfe gab es durch Karl Dietrich und Klaus-Dieter Fahrak, die ohne Mandat versuchten, die Lücken auszufüllen. Die mangelnde Präsenz des Vorsitzenden konnten aber auch sie nicht kompensieren. Diese mangelnde Präsenz wurde im Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden auch inhaltlich deutlich, denn auf ein Wort zur aktuellen kommunalpolitischen Situation in Eberswalde warteten die Zuhörer vergebens.

Diese Defizite gehörten dann auch zu den Hauptargumenten, mit denen Fred Spenner seinen Vorschlag begründete, Maria Kausch als neue Vorsitzende zu wählen. Einwände zur



Dem neuen Stadtvorstand der Linken gehören an (v.l.n.r.): Maria Kausch, Martin Berner, Karin Wagner, Klaus-Dieter Fahrak, Susan Stolzmann, Thorsten Duckert und Heinz Dobberstein. Nicht mit auf dem Bild sind Veiko Kunkis und Christian Rehmer.

Kandidatur von Maria Kausch gab es von Karl Dietrich. Er habe gut mit dem amtierenden Vorsitzenden zusammengearbeitet. Mit der Neuwahl erhoffe er sich eine Stärkung des Vorstandes durch junge und ehrenamtlich tätige Mitglieder und eine Fortsetzung des Engagements von Jens-Olaf Melzow. Es sei ein falsches Signal, eine Vorsitzende zu wählen, die in hauptamtliche Strukturen eingebunden sei. Unterstützung erhielt Karl Dietrich vom ehemaligen Landtagsabgeordneten Heinz Dobberstein, der Maria Kausch kritische Fragen zu ihren Funktionen und zu ihrer Basisarbeit stellte. Melzow zog daraufhin seinen mit der Ablehnung einer »Kampfabstimmung« begründeten Rückzug von der Kandidatur wieder zurück und überließ den Mitgliedern die Wahl.

Neben der Vorsitzenden wählte die Mitgliederversammlung der Eberswalder Linkspartei.PDS einen achtköpfigen Vorstand. Außer Karin Wagner und Thorsten Duckert, die bereits dem bisherigen Vorstand angehörten, sowie Klaus-Dieter Fahrak, der seit etwa einem Jahr ohne Mandat aktiv im Vorstand mitarbeitet, wurden in den neuen Vorstand gewählt: Susan Stolzmann, Martin Berner, Heinz Dobberstein, Veiko Kunkis und Christian Rehmer. Karl Dietrich, bisher ohne Mandat im Vorstand aktiv, und Jens-Olaf Melzow lehnten nach der Wahl von Maria Kausch als Vorsitzende eine Kandidatur für den Vorstand ab.

Seit 16 Jahren mit Engagement dabei

In ihrem »ersten Leben« arbeitete die 1952 geborene Diplompädagogin Maria Kausch in der Pionierrepublik »Wilhelm Pieck« am Werbellinsee und später als Kultur-Mitarbeiterin im Rat des Kreises Eberswalde. Nach 1990 war sie im Kreisrehabilitationszentrum tätig. Nach politischen Intrigen, damals als »Moospfuhlkandal« bekannt geworden, schied sie aus der Kreisverwaltung aus. 1993 bis 2005 war sie bei einem privaten Bildungsträger mit den Aufgaben einer Dozentin sowie mit dem Produkt-, Personal- und Projektmanagement betraut. Ihre Arbeit trug dazu bei, daß über 2000 Menschen in der Region wieder in eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden.

Hintergrund der erwähnten »Moospfuhl-Intrige« waren die politischen Aktivitäten von Maria Kausch. Im Mai 1990 kam sie auf der Liste der PDS in die StVV, der sie dreizehn Jahre lang angehörte. Von einer kurzen Unterbrechung 1993/94 abgesehen, stand sie an der Spitze der Fraktion. Der Schwerpunkt ihrer Abgeordnetentätigkeit lag im Ausschuß Bildung, Kultur und Sport dem sie 8 Jahre angehörte und den sie 3 Jahre leitete. Zu den nachhaltigen Ergebnissen gehörte die denkmalgerechte Fertigstellung des ältesten Gebäudes Eberswaldes, der Adler-Apotheke und deren Nutzung als Museum sowie der Bau der

Stadtbibliothek in der Rathauspassage. Als ehemalige Kultur-Mitarbeiterin setzte sie sich natürlich für den Erhalt der »Kleinen Galerie« in ihrer Heimatstadt ein. Ihr Engagement konzentrierte sich auf den Erhalt und die Schaffung einer angemessenen Infrastruktur in Kultur- und Jugendarbeit. Obwohl die Stadt nicht Träger der Jugendarbeit ist, hat sie sich für den Erhalt der Jugendeinrichtungen eingesetzt. So ist es gelungen das Jugendklubhaus in Finow vor der Anfang der 90iger Jahre geplanten Privatisierung zu bewahren und bis Anfang 2000 ausschließlich für die Jugendarbeit zu nutzen.

In der ersten Wahlperiode initiierte sie anderen eine Arbeitsgruppe, in der Kriterien für die Kitaplanung in der Stadt aufgestellt wurden, um die flächendeckende Kitabetreuung längerfristig zu sichern. Dadurch konnte verhindert werden, daß Schließungen von Kitas nur nach fiskalischen Gesichtspunkten erfolgte. Als Fraktionsvorsitzende war es ihr wichtig, neben ihrem Engagement für Soziales, Kultur und Sport sich auch stärker den Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt Eberswalde zu widmen. Unter diesem Gesichtspunkt unterstützte sie von Anfang an die Bewerbung um die Landesgartenschau und setzte sich für eine wirtschaftliche Entwicklung der kommunalen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft ein. Zuletzt wirkte sie im Aufsichtsrat

auch bei der Entwicklung der Stadtwerte mit. Bei alledem läßt sie sich von der Erkenntnis leiten, daß eine gute Infrastruktur nicht erhalten werden kann, wenn sie keiner nutzt. Aber es wird sich auch keiner ansiedeln, wenn es keine Infrastruktur gibt. Also ist es wichtig beides gleichermaßen im Focus zu haben.

Seit Oktober 2003 ist Maria Kausch Abgeordnete im Kreistag Barnim. Hier sitzt als 1. Stellvertreterin des Kreistagsvorsitzenden im Präsidium. Der A4, zuständig für die Problemkreise Wirtschaft, Bauen und Territorialplanung, ist ihr Fachausschuß. Zugleich übt sie die Kontrollpflichten als Aufsichtsratsmitglied der Barnimer Busgesellschaft aus.

Neben ihrer beruflichen und parlamentarischen Tätigkeit ist sie, wie schon von 1994 bis 1997, seit 2000 Vorstandsmitglied im kommunalpolitischen forum e.V.

Ihre berufliche Entwicklung kreuzte sich Ende 2005 mit ihrem politischen Engagement. Als hauptamtliche Mitarbeiterin der Landtagsabgeordneten Ingeborg Kolodezke ist sie nunmehr im Eberswalder Bürgerbüro der Linkspartei.PDS in der Breiten Straße 46 tätig, unmittelbar neben dem Rathaus.

Quellen: Linkspartei.PDS Eberswalde, kommunalpolitisches forum e.V.

Der Moospfuhl-Skandal

Zu DDR-Zeiten erholten sich in dem damaligen Ferienobjekt am Moosbruch in der Nähe des Üdersees höhere Chargen des Ministeriums für Staatssicherheit. »Schluß mit den Privilegien!« forderte im turbulenten Jahr 1989/90 der Runde Tisch im Kreis Eberswalde. Fortan sollte das Objekt »Moospfuhl« der Betreuung von Menschen mit Behinderungen dienen. »Bestens ausgestattet, einschließlich Schwimmbecken und Physiotherapie«, erschien das Objekt geeignet, »daraus eine Rehabilitationseinrichtung zu machen«. Das Objekt »Moospfuhl« wurde dem mit Ratsbeschluß vom 30.11.1989 gebildeten Kreisrehabilitationszentrum zugeordnet, zu dem außerdem die Werkstatt für Behinderte (in der ehemaligen MfS-Kreisdienststelle) und das »Geschützte Wohnen« gehörten. 1990 erhielt das Kreisrehabilitationszentrum 1,3 Millionen DM als Investitionsmittel, worauf zügig mit der Projektierung des Umbaus begonnen wurde. Diese sogenannten PDS-Mittel befanden sich auf einem Verwahrkonto der Kreisverwaltung.

Im August 1990 wurde zwischen der Kreisverwaltung und dem Komitee zur Auflösung des AfNS/MfS ein Nutzungsvertrag geschlossen. Das Objekt sollte als Dauerheim für Behinderte genutzt werden. Mit dem 1.10.1990 übernahm die Treuhandanstalt das Objekt. Nach einem Kreistagsbeschluß vom 29.5.1991 wurden aus Mitteln des »Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost« 1,1 Millionen DM für Bauinvestitionen in Moospfuhl vorgesehen. Obwohl inzwischen die frühere Besitzerin von »Moospfuhl« einen Antrag auf Rückübertragung gestellt hatte, hielt die Kreisverwaltung an dem Objekt fest, um dort nunmehr eine Möglichkeit zur Beschulung geistig Behinderter zu schaffen. Neben zwei Hausmeistern waren eine Wirtschafts- und eine pädagogische Leiterin in »Moospfuhl« angestellt. Letztere war keine andere als Maria Kausch, die Vorsitzende der PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde.

Im Laufe des Jahres 1991 mehrten sich die Probleme. So gelang es nur sporadisch, eine Belegung des Objektes zu organisieren. Zahlreiche Informationen, wußte der damalige PDS-Kreisvorsitzende Wolfgang Sachse im Januar 1992 zu berichten, gingen an den zuständigen Dezernenten, ohne daß sich etwas tat (Der Linke Eberspiegel 1/1992).

Dann tat sich etwas. Am 28.9.1991 widmete sich die Kreistagsfraktion der CDU diesem Problem. Und ein paar Tage später, am 2.10.1991, erschien im »Oberbarnimer Kreisblatt« ein Artikel, in dem die Schuld an der Misere in weiten Teilen der pädagogischen Leiterin des Objektes angelastet wurde. Schon am nächsten Arbeitstag nach dem Presseartikel im »Oberbarnimer Kreisblatt« ließ der Landrat Maria Kausch mitteilen, daß sie beurlaubt sei. Ohne vorheriges Gespräch und ohne ihr den konkreten Grund für die Beurlaubung mitzu-

teilen. Maria Kausch bewertete dies »als einen Angriff auf meine politische Arbeit als Abgeordnete der PDS« und bemühte umgehend das Arbeitsgericht, »um den sachlichen Nachweis für die vorhandenen subjektiven und objektiven Probleme bezüglich der Wahrnehmung der Verantwortung des Trägers (Kreisverwaltung) für das Kreisrehabilitationszentrum aufzuweisen« (Der Linke Eberspiegel 5/1991).

Der Herbst 1991 war die Zeit des politischen Großangriffs auf die PDS. So waren der Partei im Sommer alle Konten gesperrt worden. Überall wurde die Stasikeule geschwungen, während zeitgleich die ehemals volkseigene Industrie faktisch liquidiert wurde. Bezeichnenderweise war es die ehemalige Agitprop-Sekretärin der SED-Kreisleitung Barbara Laffin, die sich nun als Redakteurin des »Oberbarnimer Kreisblattes« der hemmungslosen Kommunistenhatz hingab. Allein die Tatsache, daß einer der Hausmeister bereits zu DDR-Zeiten in Moospfuhl die Wege fegte, genügte der OK-Redakteurin zur Generaldenunziation.

Die kritischen Fragen der CDU waren berechtigt. Nur trugen weder der ehemalige Stasi-Hausmeister noch die pädagogische Leiterin Maria Kausch die Schuld an dem entstandenen Dilemma. Mit dem Beitritt zur BRD hatten sich die Finanzierungsbedingungen für die Behindertenbetreuung geändert. Ab 1991 wurden die Behindertenwerkstätten und das »Geschützte Wohnen« durch die Krankenkassen und vom Land finanziert, während die Finanzierung der im Aufbau befindlichen Einrichtung »Moospfuhl« nicht gesichert war. Die beim Land beantragte Zuschüsse wurden nicht bewilligt, ohne daß dies im Haushaltsplan des Kreises Berücksichtigung fand. Ein klares Versäumnis der zuständigen Stellen der Kreisverwaltung, wie sogar die Gleichstellungsbeauftragte Marion Hildebrand eingestehen mußte, die Landrat Ihrke nach Eingang der CDU-Anfrage mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut hatte, weil er den zuständigen Dezernenten für befangen hielt. Unbefangen wäre ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gewesen, meinte Wolfgang Sachse: »Besser jedenfalls, als eine womöglich voreingenommene, womöglich inkompetente Mitarbeiterin der Kreisverwaltung, die aus ihrer tiefen Abneigung gegen die PDS übrigens nie einen Hehl gemacht hat.«

Bei der Lösung des »Moospfuhlskandals« spielten die Anschuldigungen gegen Maria Kausch übrigens keine Rolle mehr. Als Konsequenz wurde das Kreisrehabilitationszentrum aufgelöst und die Behindertenwerkstatt und das »Geschützte Wohnen« an Freie Träger übergeben. Das Objekt »Moospfuhl« wurde an der Treuhand übergeben. Der Nutzungsvertrag wurde zum 31.3.1992 gekündigt und die vier Beschäftigten bis zur Wirksamkeit ihrer fristgerechten Kündigung auf Kurzarbeit Null gesetzt.

G.M.

Bürgermeisterfreie Stadt 2

Wie in der vorigen Ausgabe prognostiziert, entwickelt sich die bürgermeisterfreie Stadt. Der Eberswalder Bürgermeister ist immer noch suspendiert. Ob er zurücktreten wird, bleibt ebenso im Dunkeln wie seine Abwahl oder seine Rückkehr. Nach wie vor können sich die großen Parteien nicht zu einem neuen Programm durchringen. Da hilft der zaghafte Vorstoß der PDS zur Abwahl nicht wirklich weiter. Die Sache sitzt tiefer. Die Lösung des Problems wird große Schmerzen verursachen.

Seit der Wende vertreten die politischen Kräfte in Eberswalde das Konzept der Melkmaschine. Eine ganze Weile hatten sie damit große und sichtbare Erfolge. Zum Konzept der Melkmaschine gehört als erstes jammern. Das will man von den Bauern der Umgebung gelernt haben. Jammern können die Eberswalder immer noch sehr gut. Dann braucht man willige und frisch abgekalbte Kühe. Im Angebot sind Europäische Gemeinschaft, Bundesrepublik Deutschland und Land Brandenburg. Vom Landkreis war nichts zu holen. Diese guten Leuchtchen hatten immer genug Milch und gaben auch gerne an die Armen und Bedürftigen im Osten. Dann brauchte man nur noch genug Projekte, um den Milchstrom anzuregen. Die Projekte gingen den Eberswaldern nicht aus, wie man am Gewerbegebiet, der Stadtsanierung, dem Hafenausbau, dem Waldsolarheim, der Landesgartenschau und vielem mehr erkennen kann. Leider haben die Macher etwas Wichtiges vergessen. Wie jeder Bauer weiß, muß man Kühe füttern oder wenigstens auf die Weide schicken. Irgendwann ist die Milch alle, wenn die Kuh kein Gras kaut. Und die schönste Melkmaschine ist nur noch Schrott. In Eberswalde wurden seit langem keine Steuern gezahlt und jetzt ist der Milchstrom versiegt. Damit das keiner merkt, hat man die ganze Zeit die Löcher mit Verkaufserlösen gestopft. Der Bürgermeister steht auch nicht mehr zur Verfügung und es findet sich auch kein neuer Melkmaschinenführer. Wahrscheinlich wissen alle, daß die Sache nicht mehr funktionieren kann. Es fehlen die Einsicht, der neue Plan und das Personal. Um drei so wichtige Aufgaben zu lösen, wird man viel Zeit verbrauchen. Bis dahin können die Aufsichtsbehörden ihre Muskeln spielen lassen. Das Landratsamt zeigt schon einmal wie das geht. Von wegen einfach einen neuen Verbandsvorsteher für den Wasserzweckverband wählen, oder zum Schein ein bißchen beim Haushalt sparen. Jetzt geht es ans Eingemachte. Man solle doch auch mal beim Zoo sparen, hört man. Die kleinen Parteien nutzen auch ihre Chancen. Hier ein Antrag und dort eine Anfrage. Vielleicht einigen sie sich ja auf einen gemeinsamen Kandidaten? Auf alle Fälle bleibt es spannend in Eberswalde. Nach wie vor weht das milde Lüftchen der Anarchie in der Eberswalder Verwaltung. Wir bleiben am Ball und werden den Fortgang des Experiments dokumentieren.

RED MARUD 5

Verkehrte Welt

Eberswalde (bbp). Im Januar hatte die SPD-Fraktion in der StVV Eberswalde beantragt, entgegen früheren Entscheidungen für das kommende Schuljahr doch noch in der Oberschule Westend zwei siebente Klassen einzurichten. Als unrealistisch und populistisch wurde dieser Antrag u.a. von der Mehrheit der PDS-Fraktion abgelehnt. Im Kreistag Barnim, der am 22. Februar tagte, tat sich jetzt die PDS-Fraktion hervor. Die Kreispolitiker der Partei forderten den »*Erhalt der kooperativen Integrationschule Eberswalde Westend... Zum Schuljahr 2006/2007 sind in dieser Schule sibte Klassen zu eröffnen*«.

Im Kreistag redeten nunmehr vor allem SPD-Abgeordnete gegen den Antrag, namentlich Jürgen Kumm, der zugleich SPD-Stadtverordneter in Eberswalde ist. Jürgen Kumm verwies geradezu genüßlich darauf, daß der Antrag der PDS-Kreistagsfraktion in wesentlichen Dingen mit dem von der SPD-Stadtfraktion am 19. Januar vorgelegten Antrag übereinstimme und daß jener Antrag am 19. Januar maßgeblich von der PDS-Stadtfraktion zu Fall gebracht worden war.

Als zweite Rednerin bot die SPD Ingrid Friese auf, die ihrerseits dem PDS-Kreisfraktionsantrag mit Argumenten entgegentrat, die denen fast bis auf Komma glichen, die Hans Pieper namens der Linkspartei.PDS am 19. Januar als Ablehnungsgründe für den SPD-Stadtfraktionsantrag genannt hatte.

Der Antrag der PDS wurde schließlich mit 17 Stimmen dafür (PDS, BKB, Dr. Siegfried Adler u.a.) bei 21 Stimmen dagegen (SPD, CDU u.a.) sowie mehreren Enthaltungen (Grüne u.a.) abgelehnt.

**Beratung für
Kriegsdienstverweigerer**
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
Montag bis Freitag 8 bis 17 Uhr.
Andere Termine nach telefonischer Vereinbarung

16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Schulschließungen in Eberswalde:

Nur die Wahl zwischen JA oder JA?

Nach den Protesten der letzten Monate hat sich das staatliche Schulamt in Absprache mit der städtischen Verwaltungsspitze in Sachen Westend-Oberschule zu einer Kompromißlösung durchgerungen. Der Schulstandort Westend soll als Außenstelle der Oberschule Mitte fortbestehen, um so das kooperative Integrationsmodell der Westend-Oberschule erhalten zu können. Dieses bundesweit einzigartige Integrationsmodell, das erst 2002 unter Einbeziehung der Gehörlosenschule des Landkreises ins Leben gerufen worden war, spielte bei der seit September 2005 in den Gremien der Eberswalder StVV geführten Diskussion nur eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund standen die Probleme der Haushaltskonsolidierung und der suggerierte Zwang, wegen sinkender Schülerzahlen eine der vier weiterführenden Schulen der Stadt Eberswalde schließen zu müssen.

Eine ganz neue Dynamik erhielt die Diskussion im Oktober, als erste Nachrichten zur Schulentwicklungsplanung (SEP) des Kreises an die Öffentlichkeit drangen. Auch dieser SEP ging von der Schließung eines Schulstandortes in Eberswalde aus. Daß dies nach Ansicht der Kreisverwaltung ausgerechnet die von allen gelobte Goethe-Oberschule sein sollte, wertete so mancher als böse Absicht. Ein Sturm der Entrüstung brach los, wodurch die sachliche Analyse bezüglich des Westender Integrationsmodells noch weiter in den Hintergrund geriet.

Ende November sollte dann die entscheidende Sitzung des Schulausschusses stattfinden. Die Stadtverwaltung tat ihr bestes und versorgte die Ausschußmitglieder mit dem nötigen Material, um sachkundig entscheiden zu können. Runde 400 Seiten Papier waren von den Freizeitpolitikern in den zehn Tagen bis zur Sitzung durchzuarbeiten...

Auch da klare Aussagen: 176 Schülerinnen und Schüler bilden für das Schuljahr 2006/2007 das Schüleraufkommen der Oberschulen in Eberswalde. »*Daraus resultiert ein Bedarf an sieben Zügen der Klassenstufe 7.*« Die Schlußfolgerung überließ die Verwaltung den Stadtverordneten, lag sie doch auf der Hand. Bei sieben

Klassenzügen muß eine der vier Schulen leer ausgehen. Den Stadtverordneten blieb nur die Entscheidung WELCHE Schule zu schließen ist, nicht OB eine der vier Schulen zumacht. Wie bei einem Versicherungsvertreter hatten die Stadtverordneten die Auswahl, JA oder JA zur Schließung einer Schule zu sagen. Und die erwähnte Dynamik zwang zu einer schnellen Entscheidung, wollten sich die Stadtverordneten nicht wie im Vorjahr Planlosigkeit und Entscheidungsangst vorwerfen lassen.

Erst nachdem sich der Ausschuß auf die Schließung der Westend-Oberschule festgelegt hatte, mehrten sich die Stimmen, die auf das Integrationsmodell und die Probleme hinwiesen, die für die hörgeschädigten Schülerinnen und Schüler durch einen Standortwechsel entstehen würden. Die SPD-Fraktion griff diese neuen Entwicklungen als erste auf. Im Januar beantragte sie, daß an allen vier Schulen insgesamt neun Klassenzüge eingerichtet werden sollten. Allerdings hatte sich an der Zahl der 176 Schülerinnen und Schüler nichts geändert. Unehrllichkeit und Populismus wurde den Sozialdemokraten daraufhin vorgeworfen.

Dabei hätte ein tieferer Blick in die Arbeitsunterlagen der SPD möglicherweise die richtigen Argumente in die Hand gegeben. Dort ist nämlich zu lesen, daß der akute Schülermangel durchaus ein vorübergehendes Problem darstellt. Ab dem Schuljahr 2009/2010 steigt das Schüleraufkommen wieder an. Im Jahr 2011/2012 ist demnach sogar mit 11 siebenten Klassen zu rechnen. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß künftig verstärkt Integrationsklassen mit einer maximalen Schülerzahl von 23 laufen werden, wodurch Bedarf an einem zusätzlichen Klassenzug entsteht.

Keine der Fraktionen stellte die eigentlich logische Forderung nach kleineren Klassen. Warum sollen 25 bis 30 Schüler in einer Klasse zusammengezwängt werden. Mit 15 bis 20 Schülern wäre eine viel bessere Bildungsqualität möglich und das Problem der Schulschließungen wäre ein Problem von gestern.

GERD MARKMANN

Alleinvertretungsansprüche nutzen niemandem

6 Leider hat sich die Landtagsabgeordnete Ingeborg Kolodzeike in den Diskussionsprozeß um die Schulstandorte in Eberswalde, der spätestens im September letzten Jahres begonnen hat, nicht ein einziges Mal eingebracht. Dies erklärt auch, daß sie die Abstimmung in der Januar-Sitzung der StVV als die entscheidende Beschlußfassung ansieht. Daß im Januar lediglich die Neueröffnung der Diskussion um eine bereits beschlossene Sache seitens der Stadtverordneten abgelehnt worden ist, mußte Frau Kolodzeike daher entgehen. Verwunderlich ist in dem Zusammenhang auch, daß es die Auto-

rin des Offenen Briefes vor dessen Anfertigung nicht für nötig erachtet hat, mit den Stadtverordneten auch ihrer eigenen Partei das Gespräch zu suchen und statt dessen alle Stadtverordneten bezichtigt, »*das Wohl der Kinder außer acht gelassen zu haben*«. Alleinvertretungsansprüche, wie sie mit dieser Äußerung deutlich werden, sollte auch jemand, der anerkanntermaßen in seinem Fachgebiet über gewisse Kompetenzen verfügt, nicht hegen. Es nutzt auch niemanden, wenn über solche Darstellungen die Mitglieder eines ganzen Gremiums per se für unachtsam hingestellt werden.

Auch Frau Kolodzeike wird im Laufe ihrer politischen Tätigkeit zur Kenntnis nehmen müssen, daß nicht jeder, der anders entscheidet, als sie das in der konkreten Situation getan hätte, von Unwissenheit geprägt sein muß. Selbst wenn die Weisheit mit Löffeln ausgeteilt werden würde, gäbe es noch immer die Möglichkeit der unterschiedlichen Wertung und Bewertung einzelner Punkte und daher auch unterschiedliche Lösungsansätze für anstehende Probleme.

VOLKER PASSOKE, stellv. Fraktionsvorsitzender der Linkspartei.PDS in der Eberswalder StVV

Mein Herz fürs Wandlitzer Gymnasium

Am 10. Februar war es endlich soweit. Der langvorbereitete Aktionstag zur Erhaltung des Gymnasiums in Wandlitz fand statt. Aber vorher noch etwas zur Entstehung des Tages und seinem Ursprung.

Seit Ende November letzten Jahres gingen verschiedene Zeitungsartikel durch alle Klassenstufen und durch das Lehrerkollegium mit dem Inhalt, daß unsere Schule geschlossen werden soll. Durch daraufhin entstehende Gerüchte kam es sogar soweit, daß uns die Schulleitung beruhigen mußte, aber einige von uns ließ der Gedanke, das Gymnasium Wandlitz könnte geschlossen werden, nicht los. So begann ich mit der Suche nach weiteren Mitschülern und Ideen, mit denen wir uns gegen eine drohende Schließung wehren können.

Schnell fand sich eine engagierte Truppe von Schülern zusammen, die so manchen Abend bis spät in die Nacht über Möglichkeiten und Ideen diskutierte. Nach ein paar Wochen stand ein Konzept fest, daß wir unserem Direktor Herrn Arndt zeigten und erklärten.

Er nahm unsere Ideen gespannt auf und lud uns zur nächsten Lehrerversammlung ein, auf der wir unseren Aktionstag vorstellten. Es gab auch gleich engagierte Lehrer, die mit eigenen Projektideen auf uns zu kamen, so zum Beispiel Herr Lindner, der einen Live-Chat und eine Livebildübertragung ins Internet vorschlug. Besonders die Lehrerinnen Frau Flöhr und Frau Schmidt waren uns ein große Hilfe und Unterstützung bei der Organisation des Aktionstages.

Der Anfang war gemacht, jetzt ging es um die Umsetzung. Wir mußten uns darum kümmern, daß jeder Lehrer ein Projekt und einen Raum bekommt, wir mußten uns Gedanken darüber machen, wen wir einladen wollen, wie wir einiges finanzieren wollen und vor allem die 1500 Buttons, die dank der Idee von Verena Ussat schon kurz vor der Produktion standen.

Hier kam uns die Hilfe von Frau Schulenburg und Frau Michels zugute, indem Frau Schulenburg die Medienarbeit übernahm und Frau Michels uns die Buttons finanzierte. Diese wurden jetzt in mühevoller Kleinstarbeit im Lehrzimmer einzeln von uns angefertigt.

Stundenlang bastelten wir und gingen immer wieder die gleichen Arbeitsschritte mit der Buttonmaschine des evangelischen Gemeindezentrums Eberswalde durch und nervten die Lehrer, die mit uns im Raum saßen. Aber kaum waren die ersten fertig, begannen die Fragen: »Wo gibt's die?«, »Können wir auch welche haben?«. Die Buttons, mit der Aufschrift »Mein Herz fürs Wandlitzer Gymnasium« wurden binnen kürzester Zeit zum Verkaufsschlager. Durch das eingenommene Geld unterstützten wir einige Projekte, wie z.B. die von Schülern organisierte Verpflegung, den Rest erhält der Förderverein des Gymnasiums, um unserer Schule weiter gute Dienste leisten zu können.

Die ersten Zeitungen wurden auf unseren Aktionstag zur Schulerhaltung aufmerksam und berichteten – wir schafften es sogar bis in die Berliner Morgenpost! Auch Josefine Leesch, einer ehemaligen Schülerin des Gymnasiums, ist es zu verdanken, daß wir in der Presse vertreten waren. Sie schrieb unermüdlich über unsere Schule und den Schulentwicklungsplan des Landkreises. Während unserer Vorbereitungen gingen wir natürlich auch in den Kreistag, um uns ein Bild von denjenigen zu machen, die über eine Schulschließung entscheiden sollten; auch hier war Josefine anwesend und hielt eine vielbeachtete Rede.

Das Jahr war vorüber und wir suchten ein wenig Erholung in den Feiertagen. Noch ein Monat bis zu unserem Aktionstag. Die heiße Phase begann und es lief noch nicht wie erwartet. Abstimmungsprobleme zwischen uns und den Projekten führten zu Problemen und einige Schüler schienen die Bedeutung des Tages noch nicht richtig verstanden zu haben. Es schien ihnen nicht wichtig, was mit der Schule geschieht, solange sie nur ihren Abschluß machen können, aber auch die Länge des Tages (er sollte von 8 Uhr bis 18 Uhr gehen) schien einigen nicht zu gefallen.

Doch gerade hier muß allen noch einmal klar werden, daß Schulschließungen nur noch größere Lücken in unser Bildungssystem reißen anstatt sie zu schließen. »Geld darf kein Grund sein, daß der Barnim verblödet! Für Bildung muß immer Geld da sein!« Wir müssen es auch den

Schülern, die nach uns kommen, ermöglichen, einen möglichst guten und streßfreien Schulabschluß zu bekommen. Die Botschaft kam an.

Der Tag war gekommen! Alle Schüler hatten ein Projekt, einen Raum und einen Lehrer. Die Nervosität in unserem Organisationsteam wuchs von Stunde zu Stunde. »Würde alles glatt gehen? Würden alle den Tag unterstützen und ihr bestes geben?« Es war Punkt 8 Uhr am 10. Februar 2006, Herr Arndt begann den Tag mit einer kleinen Ansprache und sofort danach sah ich unser Dekoteam die Malersachen auspacken und loslegen. Es begann ein arbeitsames Gewusel, das bis in den Nachmittag hinein anhalten sollte. Ich konnte kaum glauben, mit welchem Enthusiasmus sich viele der Projekte in die Arbeit stürzten. Im Projekt zur Vorbereitung einer Parlaments Sitzung wurde sich durch bergeweise Papier zum Thema »Beitritt der Türkei in die EU« gefressen. Es wurde diskutiert und analysiert, ob und wieso es den Beitritt geben sollte oder nicht.

In der Aula herrschte geschäftiges Treiben, hier wurden die Plakate für unsere Demonstration gefertigt. Im Foyer wurde gemalt, gestrichen und umgebaut. Hier entstand eine Couchette neben in Gelb- und Orangetönen gestrichenen Wänden, aber es wurde auch etwas zum nachdenken produziert. Dank der Idee von Rafael Furkert hat unsere Schule nun an mehreren Stellen philosophische Zitate an der Wand, zum Beispiel »Kunst wäscht den Staub des Alltags von der Seele« von Pablo Picasso.

Viele Ergebnisse der Projekte sind am Tag der offenen Tür noch einmal zu sehen. Nach den Ansprachen von Herrn Arndt und Benjamin Gorski, dem Initiator des Aktionstages, begann der Höhepunkt des Tages, die Menschenkette entlang der B109. Mit den Plakaten, die unter der Leitung von Anica Sender (Jgst. 12) und Alexander Schütz (Jgst. 13) entstanden, erregten wir einiges Aufsehen. Doch der schönste Moment für uns alle war, als Herr Arndt die Demo beenden wollte und alle geschlossen stehen blieben und mit großem Enthusiasmus weitermachten. Wenn bis dahin noch irgendwelche Zweifel vorhanden waren, verflohen sie in diesem Moment, den jeder von uns Organisatoren in bester Erinnerung behalten wird.

»Ich bin sehr erleichtert, daß dieser Aktionstag so erfolgreich verlaufen ist.« Ich glaube, Verena Ussats Worte sprechen für uns alle, die diesen Tag organisiert haben.

Hier noch ein Danke an alle die uns unterstützt haben: Verena Ussat (Jgst. 12), Anica Sender (Jgst. 12), Sebastian Kroner (Jgst. 13), Candy Rinn (10. Klasse) und natürlich bei den Lehrern Frau Flöhr, Frau Schmidt, Frau Schulenburg und den vielen anderen Schülern, Lehrern und Gästen, ohne die dieser Tag nicht möglich gewesen wäre. Danke!

BENJAMIN GORSKI für das Organisationsteam



Rainer Thiel

Schülerstreik in Storkow

Bundesland Brandenburg,

11. - 19. September 2000



trafo

Am 1. Tag des Schuljahres, 7.25 Uhr, stehen 40 Schüler zum Eintritt in die Abiturliste auf der Liste der Schullrätin, aber 39 sind nur anwesend. 7.35 Uhr verweist sie die Schüler in die Nachbarstädte. 500 Schüler besetzen ihre Schule und unterrichten sich tagelang selbst, ringen mit der Regierung – und siegen.

Rainer Thiel schildert den dramatischen Verlauf und beleuchtet die Hintergründe.

Schulbuskosten

Die schreiende Ungerechtigkeit, daß Oberschüler, die über die Kreisgrenzen hinaus zur Schule fahren, viel mehr zuzahlen, muß schnellstens korrigiert werden. Wir bedauern, daß uns dieser Fehler in der Satzung nicht aufgefallen ist. Die Absicht der Verwaltung, Eltern für ihr »Fremdgehen« in Schulen außerhalb des Kreises auf diese Weise zu bestrafen, ist für uns nicht hinnehmbar. Wir leben in einem großen Flächenkreis mit einigen schlecht erreichbaren Randregionen und es gibt auch historisch gewachsene Schulbeziehungen. Das kann man bei allem Verständnis für die Stärkung der Barnimer Schulen nicht negieren.

Die Fraktion Grüne/Freie Wähler wird sich außerdem bemühen, eine Möglichkeit für Teilzahlungen zu finden. Die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung im Zusammenhang mit der Satzung werden wir genau beleuchten. Wir vermuten, daß hier insgesamt mehr eingenommen wird, als wirklich notwendig wäre.

THOMAS BERG, Vorsitzender der Fraktion Grüne/Freie Wähler im Kreistag Barnim

Westendschule erhalten

Die Kreistagsfraktion der PDS Barnim erklärt ihr völliges Unverständnis über die Empfehlung der StVV Eberswalde, in der Westendschule, als einziges kooperatives Integrationsmodell im Barnim, keine 7. Klassen ab dem Schuljahr 2006/07 einzurichten. Es war eine Entscheidung des Kreistages Barnim an diesem Standort eine Schule für Hörbehinderte vorzuhalten um ihnen langfristig eine Chance zur gleichberechtigten Teilhabe am Lern- und Schulleben in relativ geschützter Form zu ermöglichen. Eine Zusammenführung von Kindern mit sozialen und emotionalen Störungen mit hörgeschädigten Kindern in Eberswalde Mitte verhindert den pädagogisch-methodischen Ansatz der kooperativen Integration.

Beide Schülergruppen haben einen völlig unterschiedlichen Förderbedarf, dessen Vermischung für beide Seiten nicht hilfreich ist und letztendlich der Entwicklung der Kinder schaden kann. Hinzu kommt, daß es behindertenpolitisch falsch ist, gerade hörgeschädigte Kinder immer wieder mit neuen Schulstandorten und damit einer neuen Lernumgebung zu konfrontieren. Neben diesen entscheidenden Grund sehen wir es als politisch äußerst fragwürdig kann, daß die StVV Eberswalde, nach dem sie die Entscheidung gefällt hat, diese Schulen an den Kreis abzugeben und damit auch die Verantwortung für die Schulen, nunmehr dem Landkreis vorschreiben will, wie er mit der Verantwortung umzugehen hat. Die Kreistagsfraktion der PDS spricht sich einstimmig für den Erhalt der Westendschule neben der unmittelbar benachbarten Grundschule, die gleichfalls hörgeschädigte und körperbehinderte Schüler integrativ unterrichtet, aus.

LUTZ KUPITZ,
PDS-Fraktion im Kreistag Barnim

Die leidige Sache mit den

Dienstaufsichtsbeschwerden

von Dr. Günther Spangenberg

Es muß einem Bürger schon mächtig gegen den Strich gehen, ehe er sich entschließt, eine Dienstaufsichtsbeschwerde auf den Weg zu bringen, noch mehr, wenn es sich um eine politischen Inhalts handelt. Denn es muß dazu auch noch ein Bürger sein, der sich intensiver als andere mit einem speziellen politischen Problem beschäftigt, ein politisch außerordentlich interessierter Bürger also.

Davon gibt es in Eberswalde, gemessen an der Zahl der Dienstaufsichtsbeschwerden, die seit der letzten Kommunalwahl vor die Stadtverordnetenversammlung getragen wurden, nicht so sehr viele, genauer gesagt: zwei.

Nun haben es Dienstaufsichtsbeschwerden so an sich, daß sie nicht den Zweck verfolgen, eine Sache oder eine Person zu loben, für gut zu befinden, zu rühmen, als vorbildlich darzustellen oder ähnliches. Nein, Dienstaufsichtsbeschwerden legen den Finger auf eine Stelle, die von dem Einreicher als eine wunde Stelle erkannt wurde.

So kritisierte vor der Stadtverordnetenversammlung der Bürger Bernd Pomraenke den Bürgermeister Reinhard Schulz, den Verkauf der letzten Stadtwerkeanteile, welche die Stadt Eberswalde an der Stadtwerke Eberswalde GmbH noch hatte, an der Stadtverordnetenversammlung vorbei organisiert zu haben, so beschuldigte der Bürger Albrecht Triller den jetzt amtierenden Bürgermeister Lutz Landmann, zum rechtswidrigen und peinlichen Auftritt des beurlaubten Bürgermeisters Reinhard Schulz anlässlich des Neujahrsempfanges der Stadt Eberswalde beigetragen und diesen ermöglicht zu haben, in dem er auf seine eigene Amtsausübung verzichtete.

Nun kann man zur Begründetheit einer Dienstaufsichtsbeschwerde stehen, wie man will, beim Umgang mit ihr jedoch sind Rechtsvorschriften einzuhalten, z. B. solche, wie sie

der § 43 der Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Kommentar der Gemeindeordnung formuliert. Dort geht es um die Klarheit und hinreichende Bestimmtheit der Tagesordnungspunkte.

Wenn also der interessierte Bürger einem Tagesordnungspunkt entnimmt, daß es sich um eine Dienstaufsichtsbeschwerde handelt, so muß gewährleistet sein, daß der Bürger den Sachgrund und die Zielperson erfährt. Ansonsten kann von einer klaren Bezeichnung einer Angelegenheit, also von einer hinreichenden Bestimmtheit keine Rede sein.

Und da hapert es in unserer Stadt Eberswalde. Bei beiden Dienstaufsichtsbeschwerden durfte die Öffentlichkeit nicht erfahren, warum sie erhoben wurden und gegen wen sie gerichtet waren.

Das hat sicher seinen Grund. Ein uninformativer Bürger läßt sich eben leichter regieren, dem kann man leichter etwas vormachen, leichter irritieren, etwas verschleiern. Muß denn der Bürger alles wissen, was so an Rechtswidrigkeiten in unserer Stadt abläuft, mag der dahinter steckende Gedanke gewesen sein.

Aber damit nicht genug! Statt Grund und Zielperson gibt man den Einreicher an. Nun schon zum zweitenmal, obwohl bereits bei der ersten Dienstaufsichtsbeschwerde vom August vorigen Jahres Besserung gelobt worden war. Hier hatte man sicher auf das kurze Gedächtnis der Bürger vertraut.

Und vielleicht kann man außerdem mit der Nennung des Einreichers bei dem Einen oder Anderen doch den Eindruck erzeugen, er wäre der Beschuldigte. Vielleicht hofft man durch diesen geschickten Trick, Bürger von Beschwerden aller Art abzuschrecken.

So wird der das Recht beugende Umgang mit Rechtsbestimmungen schnell zu einer besonderen Art des Umgangs mit dem Bürger.

»Unkorrekter« Ortsbürgermeister?

Eberswalde (bbp). Als Ortsbürgermeister von Finow wollte Albrecht Triller einen Versammlungsraum in der Finower Feuerwache für eine Beratung mit Finower Bürgern mieten. Als Voraussetzung dafür verlangte der städtische Dezernent Uwe Birk Informationen zu den Beratungsthemen. Denn er würde keinen Raum zur Verfügung stellen, damit Herr Triller eine »Abwahlveranstaltung gegen Bürgermeister Schulz« durchführen könne. In der Januar-StVV fragte der Ortsbürgermeister, ob der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann »diese durch Herrn Birk praktizierte Form der Zensur der Ortsbürgermeistertätigkeit für zulässig« halte. Lutz Landmann erklärte, daß er die Entschei-

dung seines Beigeordnetenkollegen mittrage. Dieser wiederum erklärte seine Unterstellung, es ginge um die Abwahl, mit der zeitlichen Nähe des Raumantrages mit der Verkündung des Urteils gegen Bürgermeister Schulz. Dabei betonte Uwe Birk insbesondere, daß er »Herrn Triller mehr vertrauen würde, wenn er sich in der Vergangenheit immer korrekt verhalten hätte«. Der Beigeordnete sagte nicht, wie und wann sich der Finower Ortsbürgermeister unkorrekt verhalten habe und ob entsprechende Dienstpflichtverletzungen disziplinarisch verfolgt wurden. Er erklärte auch nicht, inwieweit die von ihm erdachte Abwahlveranstaltung »unkorrekt« gewesen wäre.

Rente erst mit 67 Jahren?

Wie kann man das Rentenalter heraufsetzen wollen, wenn ohnehin schon 5 Millionen Menschen als Arbeitslose registriert sind? Bei durchschnittlich 40 Arbeitsjahren und 39 Millionen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik würde sich bei den vorhandenen Arbeitsplätzen durch die Heraufsetzung des Rentenalters um zwei Jahre die Zahl der Arbeitslosen um rund zwei Millionen erhöhen.

Der Bremer Arbeitswissenschaftler Helmut Spitzley sagte laut MOZ: »Es macht einfach keinen Sinn, den 65 Jahre alten Großvater zu längerer Arbeit zu drängen, wenn gleichzeitig sein Sohn mit 40 oder seine Enkelin mit 20 arbeitslos sind«.

Recht hat er!

Aber man muß nicht Wissenschaftler sein, um das zu erkennen. Das sagt einem schon der gesunde Menschenverstand. Aber der scheint dem Herrn Arbeits- und Sozialminister Münterfering schon lange abhanden gekommen zu sein. Aber nicht nur ihm. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Kurt Beck zum Beispiel sagt, man könne einen 67-jährigen Dachdecker nicht mehr auf dem Dach arbeiten lassen. Auch bei Krankenschwestern und anderen Schichtarbeitern sieht er Probleme. Auch Edelgard Bulmahn, die ehemalige Bildungs- und Forschungsministerin will das Rentenalter nach der Tätigkeit festlegen! Das sind doch alles Nebensächlichkeiten. Bei den Herrschaften ist der Entzug von gesundem Menschenverstand auch schon weit fortgeschritten.

Das zumindest ist der Eindruck, den diese Herrschaften bei uns erwecken. Aber was uns als Dummheit erscheint, ist raffiniertes Kalkül. Ihnen geht es nämlich nicht um Arbeitsplätze, obwohl dies alle erklären. Es geht ihnen einzig und allein darum, die Folgen einer verfehlten Regierungspolitik auf den kleinen Mann abzuwälzen. Eigentlich soll gar keiner länger arbeiten. Er soll erst zwei Jahre später Rentenansprüche haben. Geht er vorher in Rente, dann wird die Rente gekürzt und der Staat spart.

Das Gerede von der Rücksichtnahme auf Dachdecker, Krankenschwestern und andere Schichtarbeiter soll den Eindruck erwecken, als gäbe es keine Alternative, sondern bestenfalls Abmilderungen von Härten. Zudem versuchen die Beck, Bulmahn und Konsorten damit ein soziales Verständnis vorzutauschen, das ihnen schon lange abhanden gekommen ist.

Der gute Mann aus dem Osten, der SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident von Brandenburg Mathias Placzek, vergießt Krokodilstränen und nannte das Vorhaben »kein Herzensanliegen der SPD«. Angesichts der demographischen Entwicklung sei die Maßnahme aber unausweichlich, um die Rentenversicherung finanzierbar zu halten. Dabei weiß auch er sehr genau, daß die Rente sicherer würde, wenn es weniger Arbeitslose und damit mehr Einzahler in die Rentenkasse gäbe.

Das Bundeskabinett hat Minister Münterferings Initiative auf jeden Fall unterstützt. Von den CDU/CSU-Vertretern im Kabinett war sowieso nichts anderes zu erwarten, aber daß ausgerechnet der SPD-Minister Münterfering die Initiative ergriffen hat, räumt letzte Zweifel aus, daß er noch eine soziale Ader hat.

Münterfering hat im Wahlkampf versucht, mit dem Begriff Heuschrecken zu punkten – und meinte damit Finanzinvestoren, die über Unternehmen herfallen, sie abgrasen und weiterziehen. Wir müssen heute sagen: selber Heuschrecke. Eine der Heuschrecken, die über die Sozialleistungen herfallen und den Alten und Schwachen das letzte wegfressen. Rente mit 67 ist Sozialabbau und Rentenklau.

Inzwischen hat auch das SPD-Präsidium die Rente mit 67 gebilligt. Da kann man nur sagen: Alles Heuschrecken – aus der Zucht der Monopole und Multimillionäre!

Rente mit 67 löst kein Problem. Unsere Forderung ist: **Runter mit der Arbeitszeit!** Streichen bei den Reichen statt sparen bei den Armen. Mit einer kinderfreundlichen Politik der Überalterung der Gesellschaft begegnen!

FRANK TÖPFER, Montagsdemo am 13.2.



Demo-Berichte:

72. Montagsdemo am 13.2.

»Wir begrüßen den neuen Chef des Arbeitsamtes« und »Rente mit 67« waren die Themen der 72. Eberswalder Montagsdemonstration, an der 28 Demonstranten teilnahmen.

Zum Thema »Rente mit 67« sprach Frank Töpfer. Er argumentierte, daß den Politikern der gesunde Menschenverstand fehle und es widersinnig sei, erst mit 67 in Rente zu gehen, wenn Millionen Arbeitsplätze fehlten. Nötig sei vielmehr eine Verkürzung der Arbeitszeit, um so die Arbeit gerechter zu verteilen. Der Überalterung der Gesellschaft müsse mit einer Politik begegnet werden, die kinderfreundlich ist.

Manuela Richter war mit einem selbstgebauten Rollstuhl zur Demo gekommen. Mit den Sprüchen »Rente mit 67« und »wer schiebt mich zur Arbeit« ironisierte sie die aktuelle Politik.

Ute Frey nahm den erneuten Wechsel des Leiters der Agentur für Arbeit Eberswalde zum Anlass, die Personalpolitik der Bundesagentur zu kritisieren. Häufiger Wechsel und Besetzung des Postens mit immer neuen Wessis sei der Problemlösung nicht zuträglich. Etwas Neues wäre es, wenn ein Arbeitsamtschef einmal auf die Betroffenen zugehen würde.

73. Montagsdemo am 27.2.

»Politik ist Narrenwerk« meinten die 34 Teilnehmer der 73. Eberswalder Montagsdemo. Anhand der aktuellen Politik erläuterte Frank Töpfer die Unsinnigkeit der getroffenen Entscheidungen und beschlossenen Gesetze und schlußfolgerte, daß nur Narren so handeln könnten. Nach ihm beschäftigte sich Ute Frey mit den historischen und inhaltlichen Aspekten des Karnevals. Rosenmontag ist der letzte Tag vor der 40-tägigen Fastenzeit. Für die Hartz IV-Betroffenen ist fasten open end angesagt. Deshalb gab es schon mal fleischlose Kost – Erbsensuppe für die Demonstranten.

Anschließend informierte Albrecht Triller darüber, daß die Barnimer Busgesellschaft ab 1. März das Sozialticket nicht mehr gewährt. Mit diesem seit 1998 bestehenden Sozialticket – Ergebnis der Arbeitslosendemonstrationen von 1998 – konnten Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger die Monatskarte für den O-Bus zum halben Preis erwerben. Die Eberswalder Montagsdemo wird einen Protestbrief an den Landrat schreiben und die Beibehaltung des Sozialtickets fordern.

Zum Abschluß der Montagsdemo nahmen die Demonstranten an der traditionellen Rückgabe des Rathausschlüssels von den Narren an den Bürgermeister teil. Auf Schildern forderten sie: »Schluß mit lustig – jetzt wollen wir den Rathausschlüssel« und »Schlüsselfrage neu lösen – wir fordern Neuwahlen«.

Ohne Bodenhaftung

»Gut, könnten die Arbeitslosen sagen, ist doch egal wie der Mann heißt, bei dem wir keine Arbeit bekommen. Gut, könnten sich auch die hoch bezahlten Chefs der Arbeitsagenturen sagen, ist doch egal, wo wir für die Leute keine Arbeit haben«, meint Rüdiger Thunemann von der MOZ zum erneuten Wechsel auf dem Chefessel der Arbeitsagentur und stellt die Frage nach der Bodenhaftung der Arbeitsagentur.

Wir Arbeitslosen machen uns sehr wohl Gedanken darüber, was der dauernde Wechsel soll. Was fällt uns dazu ein: Möglicherweise wird wieder einmal für jemanden ein Versorgungsjob gebraucht, oder an anderer Stelle hat sich einer unmöglich gemacht und muß sehen, daß er Land gewinnt. Es könnte auch das Prinzip der Bundesagentur sein, dauernd die die Besetzung zu wechseln, denn so kann man nie jemanden für etwas verantwortlich machen.

Vielleicht hat sich Agenturchef Müller mit dem Landkreis überworfen, als er Bedingungen für die ARGE stellte? Besteht eventuell ein Zusammenhang damit, daß der Dezernent Gräfe vom Landkreis Chef der ARGE wurde? Vielleicht hatte der studierte Theologe Müller Probleme mit seinem christlichen Gewissen? Doch dann sollte er lieber ganz von der Arbeitsagentur weggehen statt nach Cottbus zu wechseln.

Warum eigentlich kommen die Leute für diesen Posten immer aus dem Westen? Nach 15 Jahren Einheit Deutschland könnte es doch zur Abwechslung mal ein Ossi sein. Das bringt den Arbeitslosen zwar auch nichts, aber es wäre ein arbeitsloser Ossi weniger.

Mit Herrn Christian Ramm haben wir jetzt den siebenten Chef des Arbeitsamtes. Ich habe versucht, mich zu erinnern, wer denn die sechs Chefs vor ihm waren. Das ist mir schwer gefallen. Hier auf dieser Tafel stehen die sechs Namen. Ich denke, wir haben keinen Grund, ihnen ein Denkmal zu setzen. Sie haben ihr Amt im Sinne der Herrschenden ausgeübt. Sie haben Arbeitslosigkeit verwaltet, aber nicht gesenkt. Sie haben Ruinen hinterlassen und ein neues teures Arbeitsamt gebaut und dafür Steuergelder bzw. Gelder aus der Arbeitslosenversicherung vergeudet. Mit Gründung der »Arbeitsagentur« wurden aus Arbeitslosen »Kunden«, denen man aber nichts zu bieten hat. Deshalb hat man sich gegen die »Kunden« abgeschottet und sich schwer erreichbar gemacht. Interesse an einer Mitwirkung von Arbeitslosen in einem Beirat oder Verwaltungsrat hat keiner der Herrschaften gezeigt, von gelegentlichen Lippenbekenntnissen abgesehen.

Aber es geschehen noch Zeichen und Wunder. Stellt Euch vor, der neue Arbeitsamtschef macht der Eberswalder Montagsdemo einen Antrittsbesuch oder bittet eine Vertretung zu sich, um aus dem Munde von Betroffenen zu hören, wie sie die Situation in Eberswalde einschätzen. Da wären wir aber verlegen, oder?

In dem Sinne begrüßen wir Herrn Ramm.

UTE FREY auf der Montagsdemo am 13.2.

Politik ein Narrenwerk

Wahrscheinlich ist bei unserer Regierung das ganze Jahr lang Narrenzeit. Wenn man sich die Politik des letzten Jahres und hauptsächlich die unsinnigen Debatten der letzten Monate ansieht kann es sich doch nur um einen großen Scherz handeln. Da wurden so viele Reformen angestrebt und ins Leben gerufen, und alles zum Nachteil der Sozialschwachen.

Das geht los mit der Vorsitzenden des Elferates, der Bundeskanzlerin Frau Merkel. Was heißt eigentlich Kanzler? Kanzler, ein Begriff aus dem Mittelalter, war ein Hofbeamter, der Staatsurkunden beglaubigte und versiegelte. Ich glaube, das ist das Einzige, was sie machen darf.

Jetzt aber zu den politischen Narrenwerken. Da gibt es Harzt IV. Das ist das größte Narrenwerk, mit allem Drumherum. Man hat behauptet durch Harzt IV mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wo sind die Arbeitsplätze? Im Gegenteil, wenn man die falschen Statistiken der Arbeitslosenzahlen betrachtet und die 1,10 Euro-Jobs dazurechnet, haben wir mehr Arbeitslose als je zuvor. Das ist Narrenwerk!

Arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahre sollten in Ausbildung, Arbeit oder Qualifizierung gebracht werden. Was aber ist passiert? Sie liegen auf der Straße, sind in 1,10 Euro-Jobs oder werden seit neustem verpflichtet für noch weniger Geld bei ihren Eltern zu bleiben.

Sie behaupten, es dürfe nicht sein, daß arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahren, auf Kosten der Gesellschaft, eine eigene Wohnung haben dürfen. Aber sind Jugendliche mit 18 volljährig und wahlberechtigt oder erst mit 25 Jahren? Dieses Gesetz ist ebenfalls Narrenwerk. Durch Harzt IV werden grundlegende Freiheitsrechte eingeschränkt. Erwerbslose werden entwürdigt. Durch Harzt IV breitet sich immer mehr Armut in den Familien aus. Auch wenn Clement jüngst wieder anderer Meinung war.

Die größten Leidtragenden der Folgen von diesem unsinnigen Gesetz, sind die Kinder. Desweiteren sind auch die Frauen Verliererinnen der Harzt-Gesetze. Sie werden immer stärker in prekäre Arbeitsverhältnisse wie schlecht bezahlte Mini-Jobs gedrängt. Durch Harzt IV werden am meisten die Frauen, die vorher Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten, und durch die absurden Anrechnungsregeln keinen Anspruch mehr auf Leistungen haben, total abhängig vom Partner gemacht und um ihre erkämpfte Unabhängigkeit gebracht.

Statt dieses Gesetz abzuschaffen oder über Überwindungsmöglichkeiten von Armut und Arbeitslosigkeit nachzudenken und zu diskutieren, werden wieder die Sozialschwachen beschuldigt, durch angeblichen Mißbrauch die hohen Kosten von Harzt IV verursacht zu haben. Ist das nicht Narrenwerk?

Man könnte darüber lachen, wenn das alles nicht so traurig wäre. Über die Harzt-Gesetze könnte man noch viel mehr unsinnige und ungerechte Sachen sagen. Zum Beispiel die Be-

darfsgemeinschaft, die Anrechnung des Partnereneinkommens, die Anrechnung des Kindergeldes, die Nichteinhaltung der Grundrechte eines jeden Menschen, zu geringe Regelleistungen usw. usf.

Wir sind uns einig. Harzt IV muß weg! Deswegen will ich erst einmal mit diesem Narrenwerk aufhören um noch einiges zu anderen Narrenwerken unserer Regierung zu sagen.

Da gibt es die Rentenreform. Die Nullrunden für unsere Rentner sind ja schon an der Tagesordnung. Doch nun soll es Rente erst ab 67 geben. Das heißt, gerade jene Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, werden bestraft, damit jene die das Land runterwirtschaften, gut leben können!

Entscheidet selbst, liebe Montagsdemonstranten, ist das Narrenwerk oder nicht?

Dann gibt es die Gesundheitsreform. Zehn Euro Praxisgebühr und höhere Zuzahlungen sind das, was wir alle davon haben. Da wird alles so teuer gemacht, damit sich die Sozialschwachen keinen Arzt und keine Medikamente mehr leisten können.

Hat man etwa die Gesundheitsreform mit der Rentenreform gekoppelt? Wer schwer krank ist und sich keinen Arzt leisten kann bleibt auf der Strecke und stirbt. Wer stirbt braucht keine Rente. So kann man auch für volle Rentenkassen sorgen. Das ist schon viel zu ernst, um Narrenwerk zu sein, das ist schon kriminell!

Nun zur Steuerpolitik. Im Wahlkampf verkündete die SPD, sie wolle keine Steuererhöhung. Was schimpften sie über die CDU, weil diese die Mehrwertsteuererhöhung auf 18 % ankündigte. Und nun? Ist es gerechtfertigt, nur weil jetzt beide regieren, die Mehrwertsteuer sogar auf 19 % zu erhöhen? Sind sie beide zusammen etwa mehr wert?

Finanzminister Steinbrück macht seinen Namen alle Ehre. Er wirft den Bürgern Steine in den Weg bis alle unter Brücken schlafen!

Zum Schluß zum Narrenwerk der Kommunalpolitik. Da werden Hühner verkauft die goldene Eier legen. Mit den Anteilen an den Stadtwerken hätten sie einen jährlichen Gewinn von 1,8 Millionen machen können. Für die Landesgartenschau nahmen sie damals 25 Millionen Fördermittel in Anspruch. Jetzt überlegen sie wie sie daraus eine private GmbH machen können. Geht aber nicht, weil sonst ein sehr großer Teil der Fördermittel zurückgezahlt werden muß. Das nenne ich Finanzpolitik. Oder ist das auch Narrenwerk?

In der Zeitung hat man geschrieben, daß Eberswalde keinen Bürgermeister mehr braucht, weil das Rathaus gut organisiert ist. Was meint Ihr? Gibt es nicht noch Möglichkeiten, auch die Dezernenten einzusparen?

Ich sage: Je weniger Politiker, desto weniger Schaden für Stadt und Land und um so mehr Geld in den Kassen!

FRANK TÖPFER, Montagsdemo am 27.2.

Bolkestein: Ho, ho – Niet zo!



Nicht 30-40.000, wie die Medien berichteten, sondern über 50.000 demonstrierten am 14. Februar in Strasbourg gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die das Arbeitsrecht der EU-Länder endgültig Sturmreifschießen soll. Wir Eberswalder konnten gut schätzen, denn wir sind durch die endlosen Boulevards voller Menschen bis zu unserem Stellplatz an der Spitze des Zuges gelaufen (die Fahne der Montagsdemo immer dabei). Am Samstag davor waren wir unter den über 30.000 Demonstranten im Berliner Lustgarten. Trotz aller Strapazen der Fahrt: es war ein erfrischendes, ermutigendes Erlebnis, den vielen Kolleginnen und Kollegen aus vielen Ländern (darunter aus unserer polnischen Schwesterstadt Gorzow) zu begegnen, ihre temperamentvollen Sprechchöre und Plakate zu registrieren. Der Kampf gegen den Neoliberalismus wird weitergehen. Wie schrieben die niederländischen Freunde auf ihr Plakat? Ho ho - nicht so!

Kein Sozialticket für den ÖPNV mehr?

Offener Brief der Eberswalder Montagsdemo an den Landrat Bodo Ihrke

Die Barnimer Busgesellschaft teilte den bisherigen Sozialticketnutzern mit, daß »das Angebot Sozialticket Landkreis Barnim zum 1.3.2006 eingestellt wird«.

Die Eberswalder Montagsdemo ist sowohl von der Art und Weise, wie auch vom Inhalt der Entscheidung entsetzt. Die Entscheidung zur Abschaffung des Sozialtickets ist unsozial und fachlich unververtretbar. Die gegebenen Begründungen der BBG sind nicht nachvollziehbar. Dazu im Einzelnen, wobei wir davon ausgehen, daß die Argumentation der BBG durch Sie gedeckt wird:

Sie möchten sich an der gegenwärtigen Praxis in anderen Landkreisen und im Land Brandenburg insgesamt orientieren. Warum orientieren Sie sich nicht am Land Berlin, in dem das Sozialticket ab 1.1.2005 wieder eingeführt wurde? Warum orientieren Sie sich am unteren Level, wo Sie den Landkreis bei allen Gelegenheiten hochloben (niedrigste Kreisumlage, höchste Stabilität der Finanzlage)?

Sie argumentieren, daß mit »Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen« der Kreis der Anspruchsberechtigten stark angestiegen ist. Das ist schlimm für die Betroffenen, aber kein Grund, das Sozialticket wegzulassen. Durch den Wegfall des Sozialtickets werden die Mobilität des größer gewordenen Personenkreises und damit dessen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben deutlich eingeschränkt.

Der Bezug auf 19 Euro als Limit im ALG II (nach unserer Kenntnis sind es nur 16 Euro) für die Benutzung von Verkehrsmitteln ist ein Hohn. Diese Summe reicht ohne Sozialticket für 8 Fahrten in die Stadt und zurück. Damit ist der Betroffene selbst innerhalb der Stadt nur eingeschränkt mobil. Für überörtliche Fahrten steht ihm kein Euro zur Verfügung.

Die Behauptung, daß das Sozialticket unsozial wäre, ist höchst einseitig, denn Sie betrachten nur das Verhältnis der Fahrkosten für Anspruchsberechtigte und Nichtanspruchsberechtigte. Verglichen werden müssen aber die gesamten Lebensverhältnisse der Anspruchsberechtigten und Nichtanspruchsberechtigten. Hartz IV ist insgesamt ungerecht und unsozial.

Zu fragen ist aber in diesem Zusammenhang, ob es sozial gerechter wird, wenn das Sozialticket entfällt?

Im Weiteren werden die ständig steigenden Belastungen der kommunalen Haushalte angeführt, die die Einstellung des Sozialtickets erforderlich machten. Die ständig steigenden Belastungen der kommunalen Haushalte sind das Produkt der herrschenden Politik. Warum sollen darunter die sozial Schwächsten leiden? Weil diese die geringste Widerstandskraft haben?

Für eine Großinvestition, wie den Kreisneubau, werden keinerlei finanzielle Probleme gesehen, warum dann für einen geringen Kostenzuschuß zum ÖPNV (sofern er speziell für das Sozialticket überhaupt nötig wäre)?

Wir halten es für eine nicht erwiesene, wenn nicht betriebswirtschaftlich falsche Behauptung, daß mit Abschaffung des Sozialtickets die Ökonomie der BBG und damit des Landkreises verbessert wird. Für die Anspruchsberechtigten wird kein Bus zusätzlich eingesetzt, werden keine längeren Fahrzeiten benötigt. Bei Wegfall des Tickets steht den Betroffenen nicht mehr Geld zum Fahren zur Verfügung. Sie werden vielmehr weniger fahren können. Bei korrekter Grenzkostenkalkulation wird sich zeigen, daß die Nutzer des Sozialtickets kostendeckend befördert werden können.

Sehr geehrter Herr Ihrke, Sie müssen sich auch fragen lassen, warum das Sozialticket jetzt klammheimlich abgeschafft wird. Sie wissen sehr gut, daß diese Frage zu den Problemen gehört, die nach unserer Auffassung einen Betroffenenbeirat Hartz IV erforderten. Dieser Betroffenenbeirat beim Landkreis wurde abgelehnt. Warum wurde dann nicht wenigstens zu dieser Einzelfrage der Kontakt zu den Betroffenen gesucht. Nicht einmal eine rechtzeitige öffentliche Information wurde gegeben, sondern nur Betroffene beim beabsichtigten Ticketkauf informiert. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie die Einstellung des Sozialtickets sofort zurücknehmen und die Weitergewährung ab 1.3.2006 gewährleisten.

FRANK TÖPFER

für die Eberswalder Montagsdemo

Hartz IV überwinden

In der mit 450 Gästen größten Anhörung, die jemals im Deutsche Bundestag in Berlin stattgefunden hat, hat die Fraktion Die Linke mit Betroffenen sowie Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften und Verbänden Strategien zur Überwindung von Hartz IV beraten. »In der Anhörung schilderten viele Betroffene ihre ganz persönlichen Erfahrungen mit den Hartz-Gesetzen und machten deutlich, daß Hartz IV die grundsätzlich falsche, unsoziale und volkswirtschaftlich kontraproduktive Antwort auf die Probleme der Massenarbeitslosigkeit darstellt«, resümiert Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion. »Der damit verbundene Grundsatz des Forderns und Förderns geht durch das Fehlen von Arbeitsplätzen nicht auf.« Dagegen nehme die Armut in Familien zu, immer mehr Kinder seien Leidtragende von Hartz IV und Billiglöhnen. Hartz IV habe der Niedriglohnspirale eine neue Dynamik verliehen. »Insofern gilt heute mehr denn je: Hartz IV muß überwunden werden«, fordert Katja Kipping. Mit viel Zustimmung, aber auch kritischen Hinweisen zum vorgelegten Antrag wurde die Fraktion Die Linke in der Anhörung aufgefordert, konsequent die Strategien zur Überwindung von Hartz IV weiter zu entwickeln. Das schließt ein, auch unmittelbar Veränderungen im Interesse der Betroffenen zu erreichen. So müssen umgehend die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen gegen Hartz IV-Bescheide hergestellt und Massenumzüge verhindert werden. Die Hartz IV-«Optimierung» durch die Koalition – Kürzungen bei jungen Arbeitslosen oder bei den Beträgen zur Rentenkasse – wurden einhellig abgelehnt.

Die Linksfraktion fordert eine armutsfeste, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die jedem Erwerbslosen unabhängig vom Einkommen des Partners zusteht. Als einen ersten Schritt dazu soll die Regelleistung des ALG II auf 420 Euro in Ost und West erhöht werden.

Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I soll äquivalent zu den Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung wieder verlängert werden. Für jedes Jahr Beitragszahlung soll dabei Anspruch auf einen Monat Bezug ALG I entstehen – bei einer Mindestbezugszeit von einem Jahr, für Menschen über 55 Jahren von 24 Monaten, für Menschen über 60 Jahren von 30 Monaten.

Die Linksfraktion spricht sich für die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre versicherungspflichtige, gemäß Tarif- oder Mindestlohnstandards gestaltete Arbeitsverhältnisse in sozialen, ökologischen, kulturellen und sportlichen Aufgabenfeldern in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aus. In einem solchen Sektor liegen nach den Worten von Helmut Holter, Arbeitsminister in Mecklenburg-Vorpommern, wichtige Perspektiven im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, die deutlich über die Hartz-Gesetze hinausweisen...

aus [linkszeitung.de]

»Mindestlöhne runter!«

Fachgemeinschaft Bau: 1.400 Euro brutto Berlin (bbp). Die Fachgemeinschaft Bau fordert jetzt in einer Pressemitteilung die Bundesregierung auf, »den gesetzlichen Mindestlohn im Berliner Baugewerbe endlich an die Realitäten anzupassen«. Die Baubranche in Berlin und Brandenburg befinde sich im elften Jahr ihres Niedergangs. Trotzdem müßten »in einer Branche mit einer Arbeitslosenquote weit oberhalb der 50-Prozent-Quote« Mindestlöhne bezahlt werden, »die man in ihrer abwegigen Höhe nur noch als unseriös bezeichnen kann«, formulierte der Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau Wolf Burkhard Wenkel. Seit Jahren vor sich hinsiehende Mittelstandsarbeitgeber könnten keine 2.127,90 Euro brutto für einen besseren Bauhelfer zahlen. »Die Fachgemeinschaft Bau fordert stattdessen eine Mindestlohnhöhe, die sich in etwa an den von der Linkspartei geforderten 1.400 Euro brutto orientiert.«

Die 2.127,90 Euro seien »utopisch hoch«. Im Vergleich dazu liege der Mindestlohn in den USA bei umgerechnet 727 Euro. In den EU-Staaten Luxemburg, Niederlande, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Irland rangiere er bei 1.000 Euro monatlich. Zwischen 471 und 605 Euro betrage er in Griechenland, Malta, Spanien, Portugal und Slowenien.

Unabhängig davon machten Mindestlöhne nur dann Sinn, wenn sie auch staatlich kontrolliert – und notfalls durchgesetzt – würden, erklärte Wenkel. Der Einsatz von Chipkarten, auf denen die wesentlichen Daten gespeichert sind, wäre dafür ein gangbarer Weg.

36 Prozent Erhöhung

Der ZWA hat eine Erhöhung der Gebühren für mobile Schmutzwasserbeseitigung im Jahr 2006 von 6,80 Euro auf 9,25 Euro pro Kubikmeter beschlossen. Das ist eine Preiserhöhung von 36 Prozent. Darf der zurzeit amtierende Bürgermeister, Herr Landmann als eine Person mit einer Stimmenmehrheit von 50 Prozent im ZWA ohne Zustimmung der Volksvertreter in der Stadtverordnetenversammlung einer so gravierenden Erhöhung der mobilen Schmutzwasserbeseitigung um 36 Prozent zustimmen? Herr Landmann ist zwar der amtierende Bürgermeister, aber kein von den 42.000 Einwohnern der Stadt Eberswalde gewählter Bürgermeister. Wenn die Stadt Eberswalde 17 Stimmen im ZWA hat, müßten auch 17 Vertreter von Stadt und Parlament dort stimmberechtigt sein. Wir denken, wir sind eine Demokratie und keine Diktatur. Wir erwarten eine schriftliche Stellungnahme zu der unglaublichen Erhöhung der Schmutzwassergebühren.

OTTO BAAZ

Seiner Anfrage in der Einwohnerfragestunde der StVW am 23. Februar hatte Otto Baaz eine Liste mit 106 Unterschriften beigelegt, die er in nur anderthalb Tagen gesammelt hatte.

Mensch sein und arbeiten – Arbeitszeit neu denken (Teil 4 und Schluß):

Eine Chance zur Vollbeschäftigung

Ja, wir wollen Innovationen und die Chance zur Vollbeschäftigung durch allgemeine Senkung der Arbeitszeit.

Diese Chance muß zuerst rückwirkend genutzt werden, und sie kann rückwirkend genutzt werden, weil durch Innovation längst schon mehr produziert worden ist, was in dieser Menge gar nicht verkauft werden kann, nicht einmal mit Hilfe durch viel Werbung. Nun sollte man deshalb die Produktion nicht zurückfahren, doch man sollte die Arbeitszeit pro Person verkürzen und die Verteilung der Gelder modifizieren:

Damit bei Reduzierung der individuellen Arbeitszeit die volkswirtschaftliche Gesamtsumme der erwünschten Arbeitszeit dennoch konstant bleibt, stellt man Erwerbslose ein. Sinngemäß gilt das auch für Verwaltungen, Banken, Handel, denn auch dort wird durch Innovation (z.B. Computer und Verwaltungsrationisierung) pro Person mehr geleistet.

Die Manager haben immer und immer wieder neu organisiert, seit Jahrzehnten, um Mitarbeiter überflüssig zu machen. Sie sind ja sogar stolz darauf. Nun müssen sie endlich die Arbeitsabläufe so managen, daß die Arbeitszeiten pro Person sinken und Millionen Erwerbslose wieder in Arbeit kommen. Geschäftsführer müssen volkswirtschaftlich denken lernen. Daß sie es noch nicht können, ist Bildungsmangel. Doch daß es Politiker noch nicht können, ist ein Skandal.

Würde endlich volkswirtschaftlich gedacht und gehandelt, würden gewaltige Finanzmittel gespart: Arbeitslosengeld, ALG II, Behörden, Krankheitskosten usw. Diese Mittel könnte man verwenden, um Niedrigverdienern einen Ausgleich zu gewähren, der bei verkürzter Norm-Arbeitszeit nötig wird. Und die Unternehmer? Die Lohnnebenkosten bleiben dieselben, denn sie werden auf die geleisteten Arbeitsstunden berechnet, gleich, ob diese sich auf zehn oder auf zwölf Personen verteilen. Für die Unternehmer der maschinenintensiven Branchen machen die Lohnnebenkosten ohnehin nur einen winzigen Bruchteil der Produktkosten aus. Und daß sie die Produktion nicht auch nach modernen, volkswirtschaftlichen, menschlichen Gesichtspunkten organisieren könnten – das wollen die Manager sich doch nicht nachsagen lassen. Oder sie riskieren einen Sturm der Entrüstung.

Die volkswirtschaftlich insgesamt frei werdenden Mittel sind so gewaltig, daß der Öffentlichkeit auch mehr Mittel für öffentliche Investitionen verfügbar würden. Das würde seinerseits zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, vor allem im Bau-Haupt- und Nebengewerbe, und es käme etwas Vernünftiges heraus statt Arbeitslosigkeit. So würden auch dem Handwerk Perspektiven eröffnet, Arbeitskräfte einzustellen. Und wenn die individuelle Arbeits-

zeit täglich eine Stunde kürzer würde – der Handwerker wäre viele Sorgen los durch mehr Aufträge und durch bessere Zahlungsmoral der öffentlichen Hand, ohne merklichen Mehraufwand für seine Dispositionen.

Die Gewerkschaftszeitung VER.DI PUBLIK (04/2005) publiziert unter der Überschrift »Gegen die Zeiträuberei. Arbeitszeit verkürzen, Jobs und Lebenszeit gewinnen« Worte zu der Frage »Was bringen mehr Stunden im Betrieb wirklich?« Antwort: »Mehr Arbeitslosigkeit. Die gleiche Zahl von Beschäftigten produziert mehr Produkte, die im Inland keiner kauft. So entstehen Personal-Überkapazitäten – und es müssen wieder Menschen entlassen werden Arbeit muß fair umverteilt werden, zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden setzen wir uns für eine kurze Vollbeschäftigung von 30 Stunden ein, mit einem gestaffelten Lohnausgleich für untere und mittlere Lohn- und Gehaltsgruppen....«

Für die Population der Arbeitsfähigen entsteht eine neue Situation. Die selbstmörderische Konkurrenz zwischen ihrer jobbenden und ihrer erwerbslosen Teil-Population würde beendet: Die »Abteilung« der Jobbenden wird von der Angst befreit, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Diese »Abteilung« wird vom Druck befreit, immer mehr zu rackern. Zugleich wird die »Abteilung« der Erwerbslosen von dem Druck befreit, 1-Euro-Jobs akzeptieren zu müssen, die nicht selten sinnlos, oft auch demütigend sind, und die der anderen »Abteilung« der Jobbenden reguläre Arbeitsplätze streitig macht. Die Gewerkschaften, durch Massenarbeitslosigkeit und eigene Kraftlosigkeit von Mitgliederschwund gebeutelt, würden aus ihrer misslichen Lage befreit. Nun heißt es endlich wieder: »Solidarität«. Der Zerfall der Gesellschaft in konkurrierende Populationen wird gestoppt. Menschlichkeit kommt endlich wieder.

Politiker und Wirtschaftler wählen die Denkebene falsch: Sie wählen die betriebswirtschaftliche Denkebene statt der volkswirtschaftlichen und – noch schlimmer – statt der menschlichen Denkebene. Dabei wird der Wachstums-Schwindel ausgenutzt. Sozialabbau und Angst vor Arbeitslosigkeit ist endlich zu ersetzen durch gerechte Verteilung von Arbeit vermittelt Kompensation, die keinem schadet, aber allen nützt. Schrittweise und immer wieder aufs Neue die Arbeitslosigkeit durch Abbau von Überarbeit kompensieren! Ein Loch durch einen Haufen tilgen! Löcher durch Haufen einebnen ist Kompensation, ein uraltes Erfolgskonzept. Soziale Innovation! Der Mensch ist mehr als Wirtschaft.

Trotzdem wollen wir nicht auf technische Innovation verzichten. Weil aber technische Innovation erneut Menschen überflüssig machen wird: Nichts ist logischer, als dann die allgemeine Arbeitszeit erneut zu senken.

Dr. RAINER THIEL

Enormes Potential für Erneuerbare Energien

Antrag der AfA Barnim an die Bundeskonferenz in Kassel

Eberswalde (bbp). Vom 7. bis 9. April tagt in Kassel die Bundeskonferenz 2006 der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD. Die Barnimer Basisorganisation der AfA hat schon im Januar mehrere Anträge an die Bundeskonferenz beschlossen. Neben den Anträgen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie und zur Fördermittelvergabe (BBP 2/2006) beantragte die AfA Barnim, daß die AfA-Bundeskonferenz die Förderung der Erneuerbaren Energien in ihren Leit Antrag aufnimmt.

»Als Erneuerbare Energien (EE) wird die aus nachhaltigen Quellen gewonnene Energie bezeichnet, die nach menschlichen Maßstäben unerschöpflich ist, keine Schadstoffe produziert und somit die Umwelt schont«, heißt es in dem Antrag. »Dazu zählt die gewonnene Energie aus Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Erdwärme. Das Potential für neue innovative Arbeitsplätze im Bereich der EE als heimische und ökologisch verträgliche Energieform ist enorm. Nach Schätzungen dürften bis zum Jahr 2020 in dieser Branche 500.000 Menschen eine sichere Beschäftigung finden.

Andererseits können Arbeitsplätze durch die industrielle Produktion und den weltweiten Export der Technologien von EE geschaffen werden. So liegt Deutschland bei den EE weit vorne und ist mittlerweile sogar Weltmeister beim Export von Solaranlagen. Dank der Technologieführerschaft bei der Herstellung von Windkraftanlagen konnten im letzten Jahr 2,2 Mrd. Euro und damit jeder zweite Euro im Ausland verdient werden. Als Pionier im Bereich der EE wird Deutschland zum 'Schaufenster' für andere Länder und erwirbt sich damit hervorragende Exportmöglichkeiten. Die dezentrale Struktur der EE in Deutschland würde

eine breite räumliche Verteilung dieser Arbeitsplätze bewirken, welches insbesondere strukturschwachen Gebieten zu Gute kommt. Durch die EE werden Wirtschaftskreisläufe an die Regionen gebunden und die betreffenden Gebiete könnten sich durch die amortisierende Wirkung der EE von externer und profitorientierter Energie der Monopole unabhängiger machen. Insbesondere die energetische Biomassenutzung bietet für mittelständische Unternehmen sowie für die Land- und Forstwirtschaft im ländlichen Raum neue Einkommens- und Beschäftigungschancen.

Entgegen häufigen Behauptungen wurde der Nachweis erbracht, daß EE ein Vielfaches des weltweiten Energiebedarfs decken können. Auch erhalten sie deutlich weniger Subventionen als Kernenergie und fossile Brennstoffe. Es liegen Berechnungen vor, daß ein einziger in regenerative Energieversorgung investierter Euro der Gesellschaft 100 Euro an Folgeschäden ersparen könnte, die allein durch den Klimawandel verursacht würden.

Jetzt sollten die richtigen Weichenstellungen für eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Energieversorgung vorgenommen werden. Es gilt Deutschland als Industrie- und Beschäftigungsstandort zukunftsfähig zu machen, seine Energie-Importabhängigkeit zu verringern und es vom hochvolatilen Energiemarkt sowie von den Energiemonopolen unabhängiger zu machen. Ziel der AfA ist die Sensibilisierung und Förderung des Gegenwarts- und Zukunftsmarktes Erneuerbaren Energien (EE) zur Schaffung neuer innovativer Arbeitsplätze und gleichsam die soziale Sicherung und angemessene Lohnentwicklung der Beschäftigten in dieser Branche.«

Menschenrecht auf H₂O

Auf Einladung des Städtenetzwerks »Wasser in Bürgerhand« (WiB), das in den alten Bundesländern als Gegenwehr zur Privatisierung der Wasserwirtschaft gegründet wurde, trafen sich am 25. Februar mehr als 30 Aktivisten insbesondere aus den neuen Bundesländern beim Bundesvorstand von ver.di, um Gemeinsamkeiten in der deutschlandweiten Bewegung für das Menschenrecht auf Wasser abzustimmen. Es wurde vereinbart, künftig planmäßig zusammenzuarbeiten, sich regelmäßig zu treffen und termingleiche gemeinsame Aktionen zu starten. Die erste wird der Weltwassertag am 22. März sein. Weitere Themen waren: Vernetzung der Gruppen in der Bürgerbewegung, Erarbeitung gemeinsamer Positionen zu Schwerpunktthemen, wie z.B. Privatisierung, sowie die Vorbereitung des Weltwassertages 2006, sowie der Wassermesse Berlin vom 3. bis 7. April. Weitere Infos bei J. Madeja und mir.

HELMUT BRAUNSCHWEIG, AfW

»Fehlinformation«

Im Artikel »Wasser zum Geldverdienen« in der Barnimer Bürgerpost, Nr. 133, Ausgabe 2/2006, war u. a. zu lesen: »Bürgermeister Schocknecht wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, er hintertreibe das Vorhaben, indem er die Vorlage nicht auf die Tagesordnung der Gemeindevertreterversammlung setze.« Diese, am 24. Januar 2006, im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel, getätigte Aussage erfüllt mich mit Befremden. Bereits in der Gemeindevertreter Sitzung am 14. Dezember 2005 wurde eine entsprechende Beschlußvorlage auf die Tagesordnung der Gemeindevertreter Sitzung der Gemeinde Schorfheide gesetzt und auch mehrheitlich beschlossen. Wenn mehr als ein Monat danach Gegenteiliges behauptet wird, kann ich nur zu der Schlußfolgerung kommen, daß durch die Person, die diese Aussagen getätigt hat, wissentlich eine Fehlinformation betrieben wurde.

UWE SCHOKNECHT

Der Wald gehört allen

Standpunkt der AG Umwelt

Wenn man aufmerksam in den Wald horcht, dann hört man konservative Zeitgenossen nach Forstprivatisierung rufen. Natürlich nicht in den Eberswalder Stadtwald, der schläft noch und wartet auf den Frühling. Aber im Blätter- und Aktenordnerwald der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung machen sich einige Abgeordnete so ihre Gedanken, was man denn in Eberswalde noch alles privatisieren könnte.

Kaum ein anderes öffentliches Gut erfüllt so viele Funktionen, wie ein aktiver Wald. Klassischerweise produziert er Holz, aber neben dieser Nutzfunktion bietet er auch Schutz und Erholung. Wälder und nachhaltig bewirtschaftete Forsten – Eberswalde wurde dafür speziell zertifiziert – haben eine wichtige Funktion als Wasserspeicher. Desweiteren bieten sie die Möglichkeit der Erholung für Spaziergänger, Radfahrer oder Pilz- und Beerensucher.

Wenn ein Wald privatisiert wird, dann hat der Käufer in der Regel eigene Interessen, die einem Zugang für die Allgemeinheit oft entgegenstehen. »Aus den in den letzten Jahren erfolgten Verkäufen großer Wäldereien ist zu erkennen, daß die wohlhabenden Käufer entweder rein jagdliches Interesse am Wald haben oder eine extensive Holznutzung mit sicherem Gewinn betreiben wollen. In beiden Fällen würde keine nachhaltige Pflege und zukunftsorientierte Bewirtschaftung erfolgen, und die Leistungen für das Gemeinwohl bleiben auf der Strecke« meint Prof. Dr. sc. Peter Haschke in einer Stellungnahme für die AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim.

Die AGU spricht sich dafür aus, den Stadtwald Eberswalde nicht zu privatisieren. Der Ruf Eberswaldes als Waldstadt stünde bei einer Privatisierung und einer ggf. einsetzenden nicht nachhaltigen Nutzung auf dem Spiel. Blicke die Stadt Eberswalde jedoch Eigentümergebiet dieser Flächen, dann wäre auch künftig eine demokratische Einflußnahme auf alle Entscheidungen, die den Stadtwald betreffen, gewährleistet.

Am 3. März findet das nächste Treffen der AGU statt. Dort wird auch das Thema »Forstprivatisierung« auf der Tagesordnung stehen. Ort: Café am Weidendamm, Zeit: 17.30 Uhr.

CHRISTIAN REHMER

Zensur wird ausgewertet

Eberswalde (bbp). »Bürgermeister Schulz hat bisher die Auffassung vertreten«, fragte der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller den amtierenden Bürgermeister, »daß ich keinen Anspruch auf unzensurierte Veröffentlichung meiner Mitteilungen im Amtsblatt hätte. Ist dies auch Ihre Auffassung oder haben Sie diese Entscheidung schon korrigiert, zumal die Kommunalaufsicht der Rechtsauffassung von Herrn Schulz widersprochen hat?«

Lutz Landmann bestätigte, daß die Kommunalaufsicht dies »kritisch betrachtet«. Die Verwaltung werde diese Angelegenheit auswerten.

Wie wichtig ist für uns der Umweltschutz?

Betrachtung zum Stellenwert des Umweltschutzes im Landkreis Barnim

Der Umweltschutz hat viele Facetten. Alle sagen, daß sie ihn für wichtig halten – bei anderen! Jeder sieht andere Schwerpunkte und nur wenige gibt es, die frei heraus sagen, daß sie der Umweltschutz nicht interessiert und auch so handeln. Reinhaltung der Luft und der Gewässer, Artenschutz, sparsamer, nachhaltiger Umgang mit Energie und Wasser, richtiger Umgang mit dem Boden und Schutz des Waldes – das alles gehört zum Umweltschutz, Natürlich gehören auch Menschen dazu, die anderen immer wieder erklären, wie wichtig Umweltschutz ist und mit gutem Beispiel vorangehen. Schließlich wollen wir auch die Behörden nicht vergessen, welche dafür sorgen, daß Umweltvorschriften erlassen und eingehalten werden. Das ist leider keine Selbstverständlichkeit.

Da gibt es Leute, die den Unterschied zwischen wiederverwertbarem und Restmüll nicht kennen (wollen) und auch nichtverwertbaren Müll in die gelben Säcke stopfen oder gar in den Wald fahren und damit allen schaden. Die Vorbildlichen trennen fleißig und gewissenhaft und glauben nun, daß das Verwertbare auch wirklich verwertet wird. Das scheint nun aber nicht immer so zu sein. Sehen wir einmal genauer hin! Es gibt wohl zu viele Abfälle, so daß immer mehr davon in Zwischenlagern auf die Verwertung wartet. Wenn es dann gar nicht klappt mit der Verwertung – z.Zt. scheint es gar nicht zu klappen – dann fängt das Lager an zu brennen. Das ist wohl eine Gesetzmäßigkeit, gewissermaßen der Umschlag in eine neue Qualität. Kürzlich brannte es in Bernau. Die Aufsichtsbehörden handelten nach Gesetzen, die es ihnen gestatten, auch diesen Brand, der, wie die vorangegangenen, vorherzusehen war, billigend in Kauf zu nehmen. Tröstlich immerhin, daß der Schadstoffausstoß so gering war, daß die Behörden die Bürger beruhigen konnten. War er das wirklich oder haben die Behörden nur versucht, die wirklichen Gefahren zu bagatellisieren? Die unmittelbar betroffenen Bürger sehen das wohl so, denn sie konnten schlecht atmen und die Augen haben gebrannt. Ich bin der Meinung, daß man die Schäden, die 15.000 t brennende Plasteabfälle nun einmal verursachen, nicht klein reden sollte, während die Gefahren, die von Feinstäuben ausgehen, ganze Zeitungsseiten füllen.

Wir lieben es grün, grüne Wälder, grüne Wiesen, grüne Bäume. Jeder, der einen alten Baum fällt soll dafür zwei oder drei neue Bäume pflanzen. Wir brauchen auch weiter unberührte Natur. Deshalb gibt es Naturparks, Landschaftsschutzgebiete und Reservate. In Totalreservate darf der Mensch überhaupt nicht eingreifen. Nur im Barnim ist das anders. Da darf eine Stiftung, die sich vom Namen her dem Naturschutz verschrieben hat, schon mal mehr als 500 alte Eichen fallen. Diese Tat ist

ruchbar geworden. Die Fällung wurde von den Erwischten als Waldpflege bezeichnet. Die Landesregierung ist an einer Untersuchung nicht interessiert. Staatsanwaltschaft und Kreisverwaltung mußten die Ermittlungen einstellen. Ein Formfehler bei der Ausweisung des Waldes als Totalreservat läßt die Täter nun vermutlich nicht nur straffrei ausgehen, sie dürfen das Holz gar noch verwerten und sich den Erlös in die Stiftungskasse stecken – ein Skandal, der seinesgleichen sucht!

Weltweit ist Trinkwasser knapp und es wird immer knapper. Sorgsamer Umgang mit Wasser ist Gesetz! Nicht so im Barnim. Da darf z.B. der ZWA Eberswalde schreiben – so konnten wir es im Amtsblatt 7/2005 lesen:

»Falscher Wassergeiz... ist nicht angebracht. Übertriebenes Wassersparen ist... nicht zu empfehlen und kann zur Kostenfalle werden«. Leute, duscht ruhig zweimal am Tag!

Es ist genug Wasser da – und es ist ja sooo billig! Wir fördern es aus 100 m Tiefe und auch für unsere Enkel reicht es noch, (wie beruhigend!) Wir nutzen ja nur einen Bruchteil des Wasserdargebotes! So schreibt jemand, der fürchtete – es hat ja glücklicherweise in diesem Sommer mehr geregnet als in den vergangenen Jahren – weniger Trinkwasser verkaufen zu können. Auch der einfältigste Depp hat es inzwischen gemerkt: Es geht dem ZWA nicht um Hygiene und Gesundheit und schon gar nicht um nachhaltigen Umgang mit Wasser. Aus seiner Sicht ist jedes Wassersparen falsch. Ihm geht es um Einnahmen, um Geld, möglichst viel Geld, weil er viel Schulden hat, und darum, die Bürger, die weiter so »unvernünftig« sparsam sind, auf die nächste Gebührenerhöhung vorzubereiten, an der dann natürlich die Sparer schuld sind! Die untere Wasserbehörde, d.h. den Landrat hat solches Tun nicht gestört, jedenfalls bisher nicht. Was ist das für eine Verwaltung, die einen Aufruf zum Bruch geltenden Rechts ignoriert?

Häusliches Schmutzwasser enthält viele Chemikalien, z.B. Kohlenstoff-, Stickstoff- und Phosphorverbindungen, aber auch Reste von Arzneimitteln und Kosmetika. Das sind alles Sauerstoffzehrer und nicht zuletzt deshalb Wasserschadstoffe. Aus den Klärwerken gelangen sie tonnenweise in die Flüsse und ins Meer. Sie vergiften unsere Fließgewässer, nehmen den Fischen die »Luft zum atmen« und lassen Algen üppig wachsen. Im Erdboden werden sie jedoch – anders als im Wasser – weitgehend abgebaut und kommen dem Pflanzenwachstum zugute. Hier sind sie Nährstoffe. Deshalb ist solches Wasser bestens zur Bewässerung und gleichzeitig zur Düngung geeignet. Im Barnim weiß man das nicht, besonders nicht die untere Wasserbehörde. Die fordert, auch für die Zwecke der Bewässerung, eine weitergehende Reinigung. Es wird grundsätzlich Gewässerbe-

nutzung unterstellt, obwohl die gartenbauliche Verwertung des Wassers, üblicherweise also lediglich die Benetzung des Wurzelraums der Pflanzen, darauf gerichtet ist, kein Gewässer zu benutzen. Vorgaben und Weisungen der Landesregierung zur Gleichbehandlung zentraler und dezentraler Aufbereitungsanlagen für häusliches Schmutzwasser werden nicht umgesetzt, sogar massiv behindert. Ergebnis: Nur 0,5 % der Haushalte haben dezentrale Aufbereitungsanlagen, obwohl sie ökologisch besser und zudem für den Bürger noch kostengünstiger sind. Nur der Kanal gilt als »ordnungsgemäß«. Wer ihn nutzen kann, darf nicht dezentral aufbereiten und verwerten. Grund sind nicht Umwelt- und Gewässerschutz sondern die dann ausfallenden Einnahmen für den Zweckverband. Auch dem Landrat geht es nur darum. Er nennt das Wirtschaftlichkeit der Zweckverbände. Ich nenne das Sanierung aus den Taschen der Bürger zu Lasten der Natur und der Gewässer. Wann begreift das auch der Landrat?

Bleibt noch etwas zu sagen zu erneuerbaren Energiearten – angesichts explodierender Energiekosten ein sehr aktuelles Thema. Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft – aber muß es deshalb überall Windkraftanlagen geben? Die Schönheit unberührter Landschaft und eine intakte Vogelwelt sind auch schützenswerte Güter. Deshalb wünsche ich mir bei der Planung neuer Windkraftanlagen mehr Augenmaß. Sog. Biomassekraftwerke, also Holzverbrennungsanlagen mit Stromerzeugung, schießen wie Pilze aus der Erde. Die Abnahme des Stroms zu einem garantierten Preis ist gesichert. Deshalb rechnen sich auch Anlagen, die nur einen Wirkungsgrad von weniger als 30% haben, weil sie die Wärme nicht verwerten. Das Holz wird vom weit her auf der Straße herangekarrt – das kostet viel (nichterneuerbaren) Kraftstoff und macht Lärm. Vorhandene Schienenstränge und Wasserwege werden nicht genutzt, sie »rechnen sich nicht«!

Das alles trifft zu für das Biomassekraftwerk auf dem Hafengelände in Eberswalde. Das ist keine ökologisch gute Lösung. Aber es gibt auch gute Lösungen. Dazu gehören Anlagen zur Nutzung der Erdwärme, der Sonnenwärme und die Stromerzeugung aus Sonnenlicht. Sie haben alle nur einen Nachteil: man muß sie sich leisten können, weil sie sich teilweise erst nach 20 Jahren »rechnen«. Es gibt also viel zu tun. In der sog. »Solarbundesliga« nimmt Eberswalde einen Mittelplatz ein. In einer Bundesliga ökologisch guter Lösungen, von der ich aber noch nichts gehört habe, wäre es wohl ein Abstiegsplatz. Jede Bürgerin, jeder Bürger sollte sich aufgefordert fühlen mit dafür zu sorgen, daß wir im Barnim nicht weiter absteigen.

JOHANNES MADEJA,
Kreistagsabgeordneter der BKB/AfW

Höhere Strompreise und Alternativen

Dem Stromkunden werden seit dem Jahreswechsel erhöhte Preise abverlangt. Der Bund der Energieverbraucher und die Verbraucherzentralen raten zu Widersprüchen, gekoppelt an Weiterzahlungen des bisherigen bzw. an die Akzeptanz eines um 2 % erhöhten Preises.

Es gibt aber noch eine andere Möglichkeit, sich den Preissteigerungen zu entziehen. Fast unbemerkt haben sich in den letzten Jahren die so genannten »Ökostromanbieter« zur etablierten Konkurrenz der großen Stromversorger entwickelt. Das ist um so erstaunlicher, da die »Ökos« von ihren Preisen in der Regel noch einen Anteil zur Förderung des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energie verwenden. Wie ist das möglich? Die Antwort liegt in einem effektiven Management (flache Hierarchie ohne überbezahlte Manager und Aufsichtsräte), im Verzicht auf prunkvolle Firmensitze und Rekordgewinne, in einer schnellen Verwaltung und natürlich in einer großen Portion Idealismus für eine gute Sache.

Der Wechsel zu einem Ökostromanbieter ist dank des liberalisierten Strommarktes sehr einfach. Die Vertragsformulare können schriftlich oder telefonisch angefordert oder aus dem Internet herunter geladen werden. Den unterschriebenen Vertrag schickt man zusammen mit einer Kopie der letzten Stromrechnung an den neuen Anbieter – das war's.

Bekannte Ökostromanbieter sind zum Beispiel Greenpeace Energy, Naturstrom AG und die Energiewerke Schönau. Letztere imponieren mir besonders. Haben die Schönauer (Baden-Württemberg) doch durch eine Bürgerinitiative ihr Stromnetz zurückgekauft und sich

durch viel persönliches Engagement zu einem deutschlandweit agierenden Stromversorger mit nachhaltig erzeugtem Strom entwickelt. Zudem sind sie einer der preiswertesten Anbieter in diesem Bereich.

Da die Ökoversorger unabhängiger vom Preis für fossile Energieträger sind, kann man auch auf lange Sicht stabile Preise erwarten. Vorausgesetzt natürlich, die Energiemonopolisten machen diesen Vorteil nicht durch ständig erhöhte Netznutzungskosten zunichte.

Wer mit dem Umstieg auf Ökostrom nicht nur etwas für das eigene Gewissen und den Geldbeutel, sondern auch für die Umwelt tun will, sollte auf die Qualität des grünen Stroms achten. Der reine Verzicht auf Atom- und Kohlestrom bringt derzeit wenig Umweltnutzen, da genügend regenerativer Strom am Markt vorhanden ist. Nur durch Investitionen in neue Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Sonne, Wasser, Wind und Biomasse wird Kohle- und Atomstrom verdrängt und der Anteil des regenerativen Stroms erhöht. Die vorgeannten Ökostromanbieter haben sich hierfür strengen Kriterien unterworfen. Der Strom der Naturstrom AG ist z.B. mit dem Grünen Strom Label in Gold zertifiziert, das u.a. von NABU, BUND und Eurosolar getragen wird.

Daß ein Wechsel zu einem Ökostromanbieter bereits jetzt zu einer kleinen Kosteneinsparung z.B. gegenüber EON e.dis führen kann, belegt die Übersicht.

Für Rückfragen steht das Büro von Bündnis 90/Die Grünen in Eberswalde, Brautstraße 34, Telefon 384074, zur Verfügung.

ANDREAS FENNERT

Strompreise für Privatkunden im Vergleich, Stand Januar 2006

Jahresverbrauch in kWh	Stadtwerke Ew. local classic	EON e.dis local classic	EWS Schönau	Greenpeace energy	Naturstrom AG
2000	430,55	460,70	457,00	468,20	528,60
2500	528,40	557,70	554,00	561,70	637,35
3000	626,10	654,70	651,00	655,20	746,10
3500	730,45	751,70	748,00	748,70	854,85
4000	834,80	848,70	845,00	842,20	963,60

Zweites Erdwärme-Kraftwerk der BRD

Die Energie kommt aus 4.300 Metern Tiefe, ist 260 Millionen Jahre alt, absolut umweltfreundlich und nach menschlichem Ermessen unerschöpflich. In Groß Schönebeck entsteht Deutschlands zweites Erdwärme-Kraftwerk zur Erzeugung von Strom und Heizenergie. Seit 1994 arbeitet eines bereits als Pilotprojekt in Neustadt-Glewe bei Schwerin, doch in Groß Schönebeck wollen Vattenfall und das vom Bund und Brandenburg finanzierte Geoforschungszentrum Potsdam ab 2007 die Stromproduktion in weitaus größerem Umfang betreiben. Davon erhoffen sich die Wissenschaftler weitere Erkenntnisse zur geplanten künftigen Nutzung der Energie aus der Erdkruste.

Zum Heizen einzelner Gebäude wird Erdwärme schon seit den Achtziger Jahren eingesetzt. Dabei pumpt man 30 bis 40 Grad warmes Wasser durch ein Bohrloch aus 50 bis 150 Metern Tiefe nach oben. Um allerdings Elektrizität zu erzeugen, sind umfangreichere Bohrungen nötig. In der Schorfheide trieb das Forschungsinstitut die Bohrmeißel 4,3 Kilometer tief hinab in poröse urzeitliche Gesteinsschichten, die 150 Grad heißes Grundwasser führen. Zur Zeit bereitet man eine zweite Bohrung vor, danach beginnt der Bau des Kraftwerks. Dort soll das geförderte heiße Thermalwasser in Wärmetauschern eine Flüssigkeit erhitzen, die schon bei geringen Temperaturen verdampft.

Genossenschaft soll Stadtwerke-Preisdictat brechen

Delmenhorst (jw/bbp). Die Eberswalder Partnerstadt Delmenhorst hat rund 80.000 Einwohner. Rund ein Drittel davon sind Gaskunden der Stadtwerke Delmenhorst (SWD). In vierteljährigem Rhythmus heben die SWD die Gaspreise an. Innerhalb der letzten sechs Jahre machten die Steigerungen nun schon 110 Prozent aus. Für den 1. April ist die nächste Erhöhung angesagt, worauf zahlreiche Kunden mit Widersprüchen reagierten. Die Bürgerinitiative »Gaspreiswiderstand« will nunmehr die Gasversorgung in ihre eigenen Hände nehmen. Sie wollen eine Genossenschaft gründen, um künftig selbst Gas auf dem europäischen Markt einzukaufen. Über den Abgabepreis wollen die Genossenschaftler dann demokratisch abstimmen. Möglich macht dies das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), nach dem ab Oktober 2006 nicht nur Firmen, sondern auch Genossenschaften von den Großhändlern Gas beziehen und vertreiben können.

Am 11. Januar fand die Gründungsversammlung der Delmenhorster Genossenschaft statt. Mit 200 Besuchern waren unerwartet viele Interessierte gekommen. Inzwischen gibt es Kontakte nach Oldenburg, Bremen und in die widerständige Gemeinde Schortens in Ostfriesland. Vier Arbeitsgruppen entstanden, die sich mit den Themen Gaslieferanten, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung, Banken und Verträge sowie Satzungsfragen widmen und den konkreten Gründungsakt vorbereiten.

Die Genossenschaftsgründer kündigen an, eine transparente Preispolitik zu betreiben und Gas so billig wie möglich zu liefern. Eva Sassen, Sprecherin der Bürgerinitiative, berichtete in der Tageszeitung »Junge Welt«: »Wir können uns vor Zulauf gar nicht retten. Die Leute hier haben so einen Braß, weil die Offiziellen sich so danebenbenehmen.« Inzwischen hätten sie sogar damit gedroht, nicht nur das Gas, sondern auch das Wasser abzustellen. (Kontakt zur Bürgerinitiative »Gaspreiswiderstand«: evasassen@web.de)

Dieser Dampf treibt die Turbinen und Generatoren an. Das abgekühlte Thermalwasser wird im geschlossenen Kreislauf wieder ins Erdreich hinabgepumpt.

Auf diese Weise läßt sich unabhängig vom Klima nahezu an jedem Ort Elektrizität erzeugen sagen die Forscher. In Groß Schönebeck wollen sie Strom für rund 1.000 Haushalte herstellen und die Technik zugleich weiterentwickeln. In zehn bis fünfzehn Jahren, so die Prognose, könnten Erdwärme-Kraftwerke dann schon bis zu fünf Prozent des deutschen Strombedarfs decken.

ANKE BIELIG, WITO GmbH

(www.barnim.de/21+M514a0cd5e9f.0.html,
Quelle: Der Tagesspiegel, Christoph Stollowsky)

Was man so alles sagen tut!

von Günter Vogler

Wieder ist ein Jahr vergangen und das im Sauseschritt. Wir eilten mit und das nicht nur der wundersamen Ereignisse wegen, die das Jahr 2005 so alles brachte, sondern auch durchaus Positives, wo unser aktives Mitwirken angesagt war.

So oder ähnlich begann der Jahresrückblick mit meinem Freund Kurt und auch das Wetter spielte bei unserem Politisieren wieder eine Rolle zur Gesprächseinstimmung. Ja, selbst der Ort unseres Gedankenaustauschs ist in diesem Jahr dem Wetter geschuldet, ein Platz am Stammtisch in der »Linde« schien uns doch geeigneter als der Gartenzaun.

Nun so einfach will mein Freund Kurt das mit dem Wetter nicht stehen lassen und ich merke schon, er will wieder auf das »Politische« hinaus. Nicht das wir uns auch übers Jahr darüber austauschen und auch richtig streiten können, aber zu Beginn des »Neuen« wird über das »Alte«, gewissermaßen in einer komprimierten Momentaufnahme resümiert und polemisiert und natürlich auch ein Blick in die Zukunft gewagt.

Ja, arktische Kälte zu Beginn des Jahres, Energiepreiserhöhungen allerorten über das ganze Jahr und dazu noch die Meinungsmacher in der Presse wissen darüber trefflich zu berichten. Putin als Erpresser am Gashahn, wird er nicht auch das mit uns tun, was er mit der abtrünnigen Ukraine macht, oder soll er doch besser Dependancen US amerikanischer Ölmultis noch in Rußland einrichten, da diese sowieso schon in den Kaukasusrepubliken der ehemaligen Sowjetunion sind?

Was sich ein Herr Leitartikler der MOZ so alles traut, der sich sogar berufen fühlt im Namen der Europäer zu sprechen und auch die Bundeskanzlerin belehrt, indem er u. a. die »teile und herrsche Politik Putins« erkannt hat.

In solchen Situationen wird die Truppe von Gysi und jetzt auch Lafontäne wohl doch zu bunt.

Mein Freund Kurt meint dann immer zu meinen Einwänden hinsichtlich der seherischen Eigenschaften journalistischer Alleskönner, daß wir eigentlich auch nicht dümmer sein können, ohne daß er Namen nennt. Aber damit muß ich ihm dann zustimmen. Denn im politischen gibt es allerorten diese Befindlichkeiten, die aber durch die Presse noch trefflich überboten werden.

Nun meinen wir, die werden ja auch dafür bezahlt was sie schreiben und sind dabei ganz unabhängig. Ja, nicht nur mein Freund Kurt und ich wundern uns ein über das andere Mal darüber und da sind wir keineswegs die Einzigen, mit welcher Selbstverständlichkeit

und Arroganz Vertreter dieser Zunft auch zu Problemen in aller Welt Stellung nehmen, um uns ihre Meinung kund zu tun, oder doch besser auszudrücken. Wir meinen, wir sollten dagegen aufbegehren und nicht nur die, die das schon immer tun, meint Kurt.

So weiß man trefflich zu berichten über Demokratiedefizite und unschuldige Wirtschaftskriminelle in Rußland, da fragt man sich tatsächlich, wie kommen die darauf, wo wissen sie es her. Selbst unsere Politiker schlagen da moderatere Töne an.

Genug gibt es auf diesem Gebiet bei uns zu tun, ganz zu Schweigen von dem großen Bündnispartner in Übersee, wo man mittelalterliche Rituale wieder aufleben läßt. Und da finden wir es gar nicht so schlecht, wenn unsere Kanzlerin die strategische Partnerschaft mit Rußland vertiefen will.

Aber was war denn nun mit unserer Voraussetzung auf 2005? Zwei Dinge sind wirklich eingetroffen:

Unser Manne ist nicht mehr Mauteintreiber, zwar etwas früher und anders als seine Frau in der »Bunten« vorausgesagt hat, und der Schönbohm hat tatsächlich aufgemischt und wie! Verproletarisierung in der DDR führte zu Kindermorden. Na so was, wo wir heute in der BRD Meilenweit von Standards der DDR in der Kindererziehung und -betreuung entfernt sind. Einiges scheint man bei den jetzt Regierenden begriffen zu haben, zumindest erstmals in der Ankündigung von Programmen und Gesetzen zur Familienpolitik.

An den Initiativen unserer Genossen auf lokaler Ebene und im Bundestag wird man dabei nicht vorbeikommen. Aber gestaunt haben wir über eine Vertreterin unserer Partei im Berliner Abgeordnetenhaus, die einen Vorschlag der CDU zu medizinischen Vorschuluntersuchungen u.a. zur Erkennung von Vernachlässigung und Mißhandlungen von Kindern aus rechtlichen Gründen ablehnt.

In solchen Situationen, meint mein Freund Kurt, wird die Truppe von Gysi und jetzt auch Lafontäne wohl doch zu bunt. Nun warten wir's ab, oder besser doch nicht!

Nun sind wir plötzlich bei die Kinders gelandet und da werden in Deutschland immer weniger geboren. Ganz anders als in die europäischen Königshäuser, da jagt eine Geburt und Kindstaufe die andere und auch in diesem Jahr soll das so weitergehen. Nischt gegen die klelenen Prinzen und Prinzessinnen – aber sind es nicht alles welche, besonders unsere Eigenen, noch dazu die in unserer unmittelbaren Umgebung? Wir haben – Gott sei Dank – nun kommen wir doch wieder vom hundertsten ins tausende, kein Königshaus mehr, weil die Monarchie bereits im November 1918 zu Grabe getragen wurde. Das hindert jedoch die

bunte Presse nicht daran permanent und in penetranter Weise diese ehemaligen Herrschaften zu hofieren und mit ihren vollen Titeln anzusprechen, obwohl diese laut Gesetz lediglich als Namenszusatz geführt werden dürfen. Ergo, sie sind keine mehr.

Dafür ist jetzt ein Bayer als Gottvater über uns gekommen.

Dafür ist jetzt ein Bayer als Gottvater über uns gekommen. Ja, wir haben wieder einen und das hat uns unsere rheinisch-katholisch geprägte Medienlandschaft mit non Stopp Sendungen auf allen Sendern klar gemacht. Weiß man dort nicht, daß bei uns mit diesem Mummenschanz schon vor über 500 Jahren der Wittenberger Martinus Schluß gemacht hat. Ich habe es jedenfalls den Machern von ZDF gesagt, sage ich zu Kurt und sogar Antwort bekommen. Sie wollen darüber reden, schrieben sie mir, aber der Papst sei von solch großem Interesse, als öffentliche Person, versteht sich, daß sie eben so darüber berichten müssen. Was sie damit erreichen wollten ging dabei im roten protestantischen Brandenburg sicher nach hinten los.

An Interessanterem war das Jahr trotzdem reich und darüber gibt es sicherlich Gelegenheit noch ausführlich darüber zu palavern, der Frühling ist ja nicht fern und da ist der Gartenzaun keine Grenze für den Austausch unserer Weisheiten, meinen mein Freund Kurt und ich. Doch gemacht, eines sollten wir doch nicht vergessen, unsere neue Regierung mit der Großen Koalition. Kann es da noch schlechter werden als es schon durch die grünroten faulen Kompromisse gekommen ist?

Wir glauben kaum, weil auch wieder eine starke Linke in den Bundestag eingezogen ist, denen nicht nur Durchhaltevermögen zu wünschen ist im kritischen Diskurs mit den Etablierten, sondern eine Stimme im Wesentlichen – ihr wißt schon was wir meinen. Und die Zusammenarbeit mit den Regierenden auf Landes- und Bundesebene Matthias und Angela, man kennt sich ja, sollte nicht die einzige Aussage bleiben.

Mein Freund Kurt meint jedenfalls, wir müssen nirgends zu Kreuze kriechen, weder bei unseren zukunftssträchtigen Landesvater, noch bei unserer ersten Kanzlerin und schon gar nicht bei dem römisch-bayrischen Benedict. Die kann es nicht, sagte ein schon abgewählter Kanzler. Nun, wir haben das nicht gesagt. Wir sollten aber sagen: Wir können es und wollen es auch, nämlich das Regieren, aber zumindest das Mitregieren. Durch Regieren mitgestalten, daß würde meinem Freund Kurt und mir gefallen.

Ardelt-Werke – Waffenschmiede des Führers

Zur Geschichte des KZ-Außenlagers von Ravensbrück »Eisenspalterei«, ein Arbeitslager der Ardetl-Werke (Teil 2)

Die meisten Häftlinge des Außenlagers Eberswalde kamen aus Polen und der Sowjetunion. Aber auch andere Nationalitäten waren vertreten: Griechinnen, Holländerinnen, Däninnen, Französinen, Italienerinnen, Ungarinnen und Luxemburgerinnen. Hingegen befanden sich nur wenige deutsche Frauen im Lager.

Die Angaben über die Zahl der Häftlinge schwanken zwischen 360 und 1000. Ein Bericht der Reichsanstalt für Wasser- und Luftgüte vom 8. November 1944 enthält folgende Schilderung: »In dem am westlichen Ende des Grundstücks der Ardetlwerke befindlichen Barackenlager sind weibliche Häftlinge untergebracht, die sich tagsüber auf besonderen abgelegenen Arbeitsplätzen befinden. In dem Lager können bis zu 1000 Personen (einschl. Wachpersonal) anwesend sein. Am Besichtigungstag war das Lager mit rd. 730 Personen belegt.«

Dagegen sagte der Verantwortliche für Verpflegung: Das »Nebenlager Eberswalde hatte eine Durchschnittsstärke von rd. 1000 weibl. Häftlingen. Diese waren in Schichten bei den Ardetl-Werken eingesetzt.«

Lagerführer war der SS-Unterscharführer FRIEDRICH GIESE, der bereits seit März 1942 im Dienst des Stammlagers gestanden hatte (Vgl. Kiedrzyńska, Wanda: Ravensbrück kobiecy oboz koncentracyjny, Warszawa 1965); BArch Berlin: RS/Giese, Friedrich/19.05.10). Regina Borys aus Poznan war die Lagerälteste. Sie fiel besonders durch ihre Brutalität gegenüber der Gefangenen auf (GWI, Protokoll 1999, Zofia Oleskiewicz). Ewa Nagler war Helferin von Regina Borys. Als Aufseherinnen sind die Namen von Liselotte Schmidt, Frieda Krüger, Hildgard Maning [Manning], Helene Rösch und Hilda Trocha bekannt (BA Berlin, DY 55/V 278 / 5 / 50, Karteikarten zu Giese, Krüger, Maning, Rösch, Trocha).

Die Beaufsichtigung der Häftlinge erfolgte auch auf dem Fabrikgelände durch das SS-Personal. Die Unterbringung in den Baracken erfolgte in Doppelstockbetten, ein Eimer im Vorraum diente als Toilette während der Nacht. Einmal wöchentlich durfte man sich im Freien mit kaltem Wasser waschen. Das Aufsichtspersonal hatte in der Baracke Warmwasser. Infolge der geringen Essenrationen und den kraftraubenden Arbeiten gab es unter den Häftlingen Ruhr-, TBC-Erkrankungen und ständige Krätze-Ausschläge. Die Häftlinge waren ständig ausgemergelt und erschöpft (GWI, Aussageprotokoll 1999, Janina Wyrzykowska).

Widerstand gab es in Form von Sabotage am Arbeitsplatz. »Die Zahl der Toten läßt sich nicht ermitteln, da dieselben vermutlich nach Ravensbrück zur Verbrennung überführt worden sind. Hinrichtungen und Liquidierungsaktionen bzw. Selektionen fanden nicht statt.« »Bei sämtlichen Häftlingen handelte es sich um politische Häftlin-

ge, da sie alle den roten Winkel trugen. Kriminelle und Asoziale wurden nicht festgestellt, desgleichen auch keine jüdischen Häftlinge. Der überwiegende Teil der Inhaftierten bestand aus jugendlichen Frauen unter 21 Jahren und zwar mindestens zu 90 Prozent.«

Es gab zwei Fluchtversuche, einmal am 29. November 1944, ein anderes Mal im März/April 1945. Nur der Letztere glückte. Für die mißlungene Flucht erfolgte als Bestrafung stundenlanges Stehen in sommerlicher Kleidung und ohne Strümpfe bei Frostgraden. Die Ukrainerin wurde im Morgengrauen vor aller Augen erhängt. (GWI, Protokoll 1999, Zofia Oleskiewicz, Janina Wyrzykowska)



Im März 1999 besuchten erstmals ehemalige KZ-Häftlinge der Ravensbrücker Außenlager in Eberswalde-Eisenspalterei und Finow ihre ehemaligen Leidenstätten. Auf dem Foto besichtigen Janina Wyrzykowska, Marianna Bogusz, Zofia Taciak und Hanna Wolozuk das ehemalige KZ-Außenlager Eisenspalterei. Die Baracken im Hintergrund wurden kurze Zeit nach dem Besuch abgerissen, um Platz für ein Einkaufszentrum zu schaffen. (vgl. BBP 3 u. 4/1999)

Bei geringsten Vergehen wurde bestraft durch Essenentzug bis zu drei Tagen, barfüßiges stundenlanges Stehen im gefluteten Keller, nächtliche Appelle, Schläge mit grausamen Folgen, Festbinden am Pfahl auf Appellplatz. Dies erfolgte meist im Rahmen der Gruppenverantwortlichkeit. Der Lagerleiter Giese verewaltigte regelmäßig junge Mädchen, von denen sich eine danach in den Elektrozaun warf und starb (GWI, Aussageprotokoll 1999, Janina Wyrzykowska).

Die Häftlinge weigerten sich, die vom Lagerführer angeordnete Selbstjustiz durchzuführen. Sie wurden mit Rüstungsarbeiten im Stammwerk Ardetlwerke Eberswalde beschäftigt: in der Geschossabteilung M 401, Revolver-Abteilung (Dreherei) Nr. 308 sowie im Schweißkommando (Kanonenlafetten), Kommando 202 (Granaten), auch beim Bau von Behelfsheimen. Als die Front immer näher rückte, mußten sie auch beim Panzergrabenbau mitarbeiten. Zeitweilig war ein Kommando zur Fertigung von MPi's im Saal des Stadttheaters tätig. Der Transport erfolgte mit dem städtischen O-Bus. Im »Hungerlager« versuchte man durch nie gehaltene Versprechen einer größeren Essenration höhere Arbeitsleistungen zu erzielen.

Nachweisbare Zugänge/Transporte (Auswahl): 800 Frauen am 4.9.1944; ca. 730 Frauen am 21.9.1944 (BArch Dahlwitz-Hoppegarten, R 154/8999); 300 Frauen (Polinnen) Okt. 1944;

ein Transport am 27.10.1944 mit 30 bis 40 Personen (GWI, Übersetzung Briefsammlung).

Beim Herannahen der sowjetischen Truppen wurde das KZ-Außenlager am 20./21.4.1945 aufgelöst, die Gefangenen wurden auf offenen LKWs nach Ravensbrück zurück gebracht, von wo sie später durch die Aktion Bernadotte nach Schweden frei kamen (Bericht der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Kreisverband Eberswalde, 7. Juni 1950; SBG SR: RA/Band 40/917).

Nach 1945 wurde das Lager kurzzeitig als Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht genutzt (GWI, Aussageprotokoll, 1999).

Der größte Teil des ehemaligen Lagers wurde

dann als Versorgungsdepot für die sowjetische Armee genutzt und mit zusätzlichen Bauten versehen. Die beiden nördlich gelegenen Baracken übernahm der VEB Herrenbekleidung Fortschritt, Berlin, der Armeebekleidung produzierte. Nur diese beiden Baracken existieren heute noch und stehen unter Denkmalschutz.

HOLGER KLICHE,

KURT BERUS UND EWA STENDEL,

Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde

Quellen und Literatur: Das Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde verfügt mittlerweile über ein sehr großes eigenes Archiv. Begonnen mit privaten Sammlungen des Institutsgründers Holger Kliche, gelangen die ersten umfassenden Recherchen im Rahmen des Projektes »Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde«, das seit 1997 unter dem Dach des Barnimer Bürgerpost e.V. agierte. Im Laufe der Jahre 1999/2000 etablierte sich die Forschungs- und Gedenkstätte als selbständiger Verein, aus dem dann im Jahr 2004 das Geschichtswissenschaftliche Institut hervorging.

Die Liste der Veröffentlichungen umfaßt neben zahlreichen Presseartikeln in der »Barnimer Bürgerpost« und in der »Märkischen Oderzeitung« auch als Eigenproduktionen 4 Broschüren. Außerdem veröffentlichte die zum GWI gehörende AG Dokumentarfilm 6 CD-ROM mit Filmen über die KZ-Außenstellen und Zwangsarbeiterlager in der Region Eberswalde in denen die zahlreiche Aussagen von Zeitzeugen dokumentiert sind.

Maria Magdalena braucht Hilfe Für 50.000 hält sie dicht

Dem Himmel etwas näher sein, das möchten die meisten Besucher unserer altehrwürdigen St. Maria Magdalena schon sein, aber im wahrsten Sinne des Wortes soll der Himmel nicht sichtbar werden, sich unsere Kirche nicht gen Himmel öffnen. Die ernstesten Anzeichen durch starke Rißbildung in dem herrlichen Kreuzrippengewölbe und im Chormauerwerk wurden begutachtet und die Sorge leider bestätigt. Der marode Dachstuhl drückt das Außenmauerwerk auseinander. Der Kostenschlag beläuft sich auf insgesamt 403.800 Euro. Der Eigenanteil der Stadtkirchengemeinde soll zum großen Teil aus privaten Spenden erworben werden. Wieviel? 50.000 Euro!

Am 22. November 2005 gründete sich eine Arbeitsgruppe. Die einzelnen Akteure haben sich nicht lange bitten lassen und bringen eine große Bandbreite an know-how mit. Vivatas-Geschäftsführer Thomas Blätterlein als Insider in Sachen Marketing sagte die ersten 1.500 Euro Spendengeld zu und André Koch, Geschäftsführer der barnim-uckermark-stiftung, erfahren im Spenden- und Veranstaltungsmanagement, zauberte erste Ideen aus seinem Erfahrungsschatz. Mit der Designerin Susanne Meyer vom Büro meyer/kleber/design werden alle Ideen auf einer homepage und einem Flyer graphisch umgesetzt. Altstadtreporterin Britta Stöwe begleitet mit ihren Erfolgsrezepten in bewährter Weise das Projekt. Von der Evangelischen Stadtkirchengemeinde sind Albrecht Opitz, Stefan Müller, Wolfgang Reese, Ramona Schönfelder, Axel Irrling und Pfarrer Hanns-Peter Giering mit im Boot. Natürlich sind alle vom Erfolg des Vorhabens überzeugt. Diese Leistungen sind ganz sicher nicht umsonst, dafür aber kostenlos und ein ebenso willkommener Spendenbeitrag.

Weitere Mitstreiter sind herzlich willkommen, die mit ihren Ideen für die erfolgreiche Umsetzung unseres Projektes beitragen.

Wir bitten um Ihre engagierte Mithilfe für das Gelingen dieses für die Stadt wichtigen Projektes, für das die Altstadt überragende Wahrzeichen. Wenn jeder Eberswalder nur 1 oder 2 Euro geben würde, dann wäre die Umsetzung des Projektes kein Problem. Auch kleine Spenden helfen! Als kleines Dankeschön für Sie, gestaffelt nach der Spendenhöhe, sind Spenderbriefe und Künstlerartikel in Vorbereitung. Beim Kirchenkreis Barnim ist ein Konto eingerichtet worden, wo Sie Ihre Spende einzahlen können.

Die Bankverbindung lautet: Kreiskirchliche Kasse, Kto-Nr.: 3594110004, BLZ 100 900 00 bei der Berliner Volksbank. Als Zahlungsgrund bitte »Spende MMK Dach« angeben und natürlich nicht die Adresse für die Spendenquittung vergessen. Spenden können Sie auch im Gemeindebüro in der Eisenbahnstraße 84 in Eberswalde einzahlen, erreichbar unter der Tel.-Nr.: 03334/205959.

HANNIS-PETER GIERING

100 Jahre Frauenbewegung im Finowtal

Vor 100 Jahren, am 20. Februar 1906 erfolgte mit der Gründung eines der SPD nahe stehenden Frauenbildungsvereins die Konstituierung der ersten politischen Frauenorganisation im Finowtal.

Frauenvereine hatte es auch früher schon gegeben. Besondere Bedeutung erlangte der bereits 1892 gegründete »Vaterländische Frauen-Verein«. Dessen Aktivitäten konzentrierten sich hauptsächlich auf soziale Hilfsdienste. Kinder-Volksküche, Mädchenhort, Samariterlehrgänge, Ferien- und Erholungsheim (hinter dem Drachenkopf), Milchküche, Krippe, Flüchtlingsheim etc., zählt RUDOLF SCHMIDT in seiner »Geschichte der Stadt Eberswalde« als Aktivitäten des »Vaterländischen Frauen-Vereins« auf. Besondere Bedeutung erlangten die Hilfsdienste des Vereins während des Ersten Weltkrieges. Neben der von Schmidt erwähnten HELENE RÖMER gehörte auch EMMA GOLDSCHMIDT, die Frau des jüdischen Kaufmanns SALOMON GOLDSCHMIDT, nach dem heute eine Straße in der Eberswalder Innenstadt benannt ist, zu den Frauen, die sich aktiv diesen sozialen Hilfsdiensten widmete. Das bewahrte Emma Goldschmidt später nicht vor der Deportation ins Vernichtungslager Theresienstadt, von wo sie nicht zurückkehrte.

Mit Informationen über die keineswegs unbedeutende Arbeiterbewegung hält sich Schmidt in seiner während der Nazizeit erschienenen »Geschichte« sehr zurück. So verwundert nicht, daß Nachrichten über den 1906 gegründeten Frauenbildungsverein fehlen. Dieser Frauenverein hatte sich andere Ziele auf die Fahne geschrieben als der gutbürgerliche »Vaterländische«. Der SPD nahestehend, wollten sich diese Frauen nicht auf eine bloße Milderung der sozialen Auswirkungen der kapitalistischen Gesellschaft beschränken. Sie wollten an die Wurzel des Problems gehen. Sie verfolgten die politische Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen.

Auf den Tag genau neun Jahre zuvor, am 20. Februar 1897, fand im Lokal »Mühle« in der

Eichwerder Straße der zweite Disput zwischen AUGUST BEBEL und LUDWIG SANDBERG zu Bebels Schrift »Die Frau und der Sozialismus« statt. Die »Eberswalder Zeitung« berichtete damals sehr ausführlich über die beiden sozialdemokratischen Veranstaltungen (die erste fand am 2. Februar 1897 statt), in denen August Bebel seine Schrift gegen Sandbergs Kritik verteidigte. Der Führer der SPD legte damit jene Saat, die 1906 mit dem Frauenbildungsverein einen organisatorischen Rahmen erhielt.

Über die konkreten Aktivitäten des Frauenbildungsvereins und seiner Mitglieder fehlen genauere Informationen in der regionalen Geschichtsschreibung. Doch findet sich hier die Grundlage für das spätere Wirken politisch aktiver Frauen in Eberswalde und Umgebung. Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 2. März 1919 machten die Frauen zum erstenmal von dem gemeinsam mit den Männern in der Novemberrevolution erkämpften Wahlrecht Gebrauch. Mit HEDWIG LEHFELD, MINNA ZOPF und LUISE PITT zogen über die Listen von SPD und USPD erstmals drei Frauen ins Eberswalder Stadtparlament ein. Heute gehören 7 Frauen der 36köpfigen Stadtverordnetenversammlung an. Und es gibt in der Stadtverwaltung eine Frauenbeauftragte, deren eventuelle Aktivitäten aber nur sporadisch an die Öffentlichkeit dringen.

GERD MARKMANN

Quellen:

- »Befreier, Freunde, Kampfgefährten«, SED-Kreisleitung Eberswalde, Eberswalde 1975
- »Geschichte der Stadt Eberswalde«, Bd. II, Rudolf Schmidt, mit Anmerkungen von Ludwig Arendt, Eberswalde 1941/1994
- »Jüdische Bürger in Eberswalde«, Salka Trieloff, Eberswalde 1993
- »Hochgeehrt und schnell vergessen - zum 65. Todestag von Ludwig Sandberg«, BBP 2/2001

Wettbewerb junger Künstler gegen Rechts

Junge Künstler gegen Rechts – so läßt sich ein Wettbewerb beschreiben, den die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann mit ins Leben gerufen hat. Der Anlaß: Zum zehnten Mal jährte sich am 27. Januar 2006 der »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus«. Er erinnert an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen 1945. Für Dagmar Enkelmann und andere Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE ist der 10. Jahrestag Grund genug für einen antifaschistischen Wettbewerb »Ausdrucksstark gegen Rechts«. An diesem können sich kreative Jugendliche im Alter von 16 bis 26 Jahren beteiligen. Gesucht werden interessante, aufregende und öffentlichkeitswirksame Projekte, die sich mit dem Thema »Antifaschismus« gewaltfrei auseinandersetzen. Die künstlerische

Form ist frei wählbar – seien es nun Video-Clips, Plakate oder Gedichte.

Die entsprechenden Arbeiten können bis zum 10. März 2006 an die Wahlkreisbüros von Dagmar Enkelmann in Bernau (Berliner Str. 17, 16321 Bernau) oder Strausberg (Wallstraße 8, 15344 Strausberg) gesandt werden. Aus den Einsendern wird mindestens einer ausgewählt, der zusammen mit 19 weiteren Gewinnerinnen und Gewinnern vom 23. bis 28. April diesen Jahres nach Reggio Emilia in Italien fährt. Er wird dort an den Feierlichkeiten zum 61. Jahrestag der Befreiung teilnehmen, Stätten des Widerstandes besuchen und Zeitzeugen treffen. Zum Programm gehören auch der Besuch eines großen Rock- und Ska-Festivals und eine Wanderung auf ehemaligen Partisanenwegen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Jahrestag der politischen Lüge

Eine große Zahl von internationalen Autoren unterstützt den Aufruf von Eliot Weinberger, den 20.3.2006 als »Jahrestag der politischen Lüge« zu begehen. Dazu hat er eine Textcollage verfaßt, die in der »London Review of Books« und in deutscher Sprache in »Lettre International« veröffentlicht wurde.

Diese Collage aus offiziellen Erklärungen der US-Administration, Aussagen von Soldaten und irakischen Zivilisten wird am 20.3. in verschiedenen Städten präsentiert: Athen, Basel, Berlin, Kalkutta, Durban, Los Angeles, Magdeburg, Melbourne, New York, Zürich

Unterstützt wird der Aufruf von: Tariq Ali (UK) Hanan al Shaky (Libanon), Maria Teresa Andruetto (Arg.), Paul Auster (USA), Nedoim Gürsel (Türk.), Elke Heidenreich, Rebecca Hörn, Peter Schneider, Doris Lessing (Uk) u.v.a.

Der Text ist über whatheardaboutiraq@literaturfestival.com erhältlich.

HARTMUT LINDNER

Das geklöppelte Insekt

Nicht zum ersten Mal eröffnete die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann am 2. Februar 2006 eine Ausstellung, die durch den Verein »Schatzhüter – Volkskunst- und Kulturzentrum e.V.« im Bürgerzentrum der Linkspartei. PDS in der Berliner Straße 17, nahe dem historischen Bernauer Steintor gestaltet wird. Ihnen verdankt das Bürgerzentrum die allererste Ausstellung in den neuen Räumen. Damals, vor fast einem Jahr, zeigten der spanische Bildhauer Pedro Bravo seine Skulpturen aus Holz und Stein und Ruth Fabig ihre Malereien in Aquarell und Öl. Gegenwärtig, noch bis zum 3. April 2006, präsentieren die Frauen und Männer der Textilsparte des Vereins ihre Werke – nach Aussagen bereits zahlreicher Besucher wirklich gelungene Stücke. Sehr ungewöhnlich sind auch die Motive. Besondere Beachtung finden nämlich geklöppelte Insektenmotive.

Der Verein gründete sich vor zwei Jahren mit dem Ziel, alte Volkskunsttechniken- und Traditionen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene wieder zu entdecken, zu beleben, zu pflegen und weiter zu vermitteln. Kunst- und Kulturaktivisten, wobei das Alter und die Nationalität überhaupt keine Rolle spielen, haben damit eine wichtige kulturelle, pädagogische und soziale Aufgabe übernommen. Sogar über das Arbeitsamt konnten Frauen und Männer gewonnen werden, die sich in-



nerhalb des MAE-Projektes »Fundus« mit der Restaurierung von Kostümexponaten des Agrammuseums Wandlitz, mit der Gestaltung von Stabpuppen für die Puppenbühne, oder auch mit der Herstellung von historischen Holzspielzeug beschäftigen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Aber es gibt noch mehr zu sehen. Wer hat nicht schon zugeschaut, und sei es auch nur im Fernsehen, wenn Frauen auf Klöppelbänken wunderschöne Motive entstehen lassen, oder andere Frauen am Webstuhl standen und nicht nur einfaches Tuch, sondern Stadtansichten webten. Wer kennt nicht die Frauen, die sich wochenlang an bezaubernde Patchwork-Kreationen heranwagen, oder auch in mühevoller Kleinarbeit farbenfrohe Stickereien anfertigen – früher in geselliger Runde, heutzutage oftmals »im stillen Kämmerlein«.

In der Ausstellung sollen diese Werke der Öffentlichkeit gezeigt werden. Es lohnt sich wirklich, in aller Ruhe und bei einer Tasse Kaffee die ausdrucksstarken Bilder, die Puppen und die Holzspielzeuge anzuschauen. Vielleicht bekommt der eine oder andere Besucher wieder Lust, sich selbst zu betätigen. Die Besichtigung ist Montags, Dienstags, Donnerstags von 9 bis 17 Uhr und Freitags von 9 bis 12 Uhr möglich. Weitere Informationen erhalten Sie unter 03338-459543.

Ach Axel

Es gibt, schreibt BILD, vermelden die Primatensender SAT 1 und RTL, beweisen jeder Filmball und jede »Promifete«, es gibt weibliche Wesen, die davon leben, nicht einmal schlecht, daß sie sich, Klofliegen hierin ähnlich, immer dort aufhalten, wo es stinkt. Nach Geld, nach Deos aus dem Hause Joop, nach dem Schweiß des Uwe Ochsenknecht, nach dem warmen Sperma Bobbeles. Luder hat man die Damen benannt, die – stets paarungsbereit an und unter den Tischen der eigentlichen Berühmtheiten herumhängen, immer in der Hoffnung, daß ein Bröcklein Glanz auf sie fällt, eine Krume Ruhm von der Tafel der Stars. Klappt das nicht ohne weiteres, wird gern nachgeholfen. Man bezahlt schon mal einen Kameramann von RTL für ein spontan zu drehendes Weggrutschen des BH. Oder läßt sich öffentlich die Silikonbrüste wiegen wie weiland das Naddel. Wichtig ist, daß man im Gespräch bleibt, und so lange sich das Publikum diese lächerlichen Vampire bieten läßt, funktioniert das auch.

Neuerdings kann immer häufiger auch ein Mann in der Rolle eines Luders beobachtet werden. Aufsehen erregte er vor Jahren durch einige spektakulär verlorene Boxkämpfe; sein Markenzeichen ist eine Baseballmütze, die er, wie uns Udo seinen Hut, nie abnimmt. Axel S., ehemals ein Kerl von Schrot und Korn, ist zur wandelnden Partygarnierung geworden. Gern beißt er in jedes Mikro, das man ihm vorhält, und läßt dann knappe Kommentare zu den jeweiligen Events ab, die er allesamt super, absolut super oder echt super findet.

Merkwürdig – immer, wenn er dabei lächelt, wird einem traurig ums Herze. Das kommt, weil ein Boxer sich lustvoll immer neue kleine Niederlagen verschafft.

S.P.

Die neuen Gebühren

Mit Schreiben vom 23.12.2005 teilte der ZWA seinen Kunden mit, daß der Auftrag zur Entsorgung abflußloser Sammelgruben neu ausgeschrieben worden, das Ausschreibungsverfahren aber noch nicht abgeschlossen ist. Was den Kunden nicht mitgeteilt wurde, erfahren sie mit der Zustellung der Vorauszahlungsbescheide 2006: Die Gebühren für die Entsorgung der abflußlosen Gruben werden um 2,40 Euro pro Kubikmeter drastisch angehoben. Von 6,80 Euro pro Kubikmeter auf 9,25 Euro (Das sind bei 40 m³ im Jahr ca. 100.- Euro).

Mit gestiegenen Kosten durch den Entsorger kann diese Gebührenerhöhung schlecht begründet werden, wenn das Ausschreibungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Wie wird die Gebührenerhöhung aber dann begründet?

Für schachdienliche Hinweise zur Aufklärung und möglicherweise auch zur Abwendung der Kostensteigerung ist sicherlich jeder Kunde des ZWA dankbar.



Feier zum Frauentag

Eberswalde (bbp). Gemeinsam mit anderen Vereinen lädt die AG Senioren bei der Linkspartei.PDS Eberswalde am 8. März, um 14 Uhr, zur Frauentagsfeier in das »Haus am Stadtsee« ein. Zwei Wochen darauf, am 22. März, werden eher die Männer der Senioren-AG angesprochen. In der »Bierakademie« beginnt um 14 Uhr ein Preisskat. Anmeldungen nimmt Günther Hildebrandt entgegen (Tel. 03335/30594). In ihrer April-Veranstaltung beschäftigt sich die AG Senioren dann mit der Nutzung alternativer Energien. Die Gesprächsrunde findet am 20. April, um 14 Uhr, im Waldsolarheim Eberswalde in der Brunnenstraße 25 statt.

Mitgliederversammlung

Die Jahresmitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V. findet am 13. März, 17.30 Uhr, im Bürohaus »Ulrich-Speicher« in der Friedrich-Ebert-Straße 12 statt. Mitglieder und Freunde des Vereins, insbesondere unsere fleißigen Verteiler, sind herzlich eingeladen. Neben dem Jahresabschluss 2005 und Finanz- und Arbeitsplan 2006 gibt es Informationen zum Status der Gemeinnützigkeit des Vereins. Damit im Zusammenhang stehen Vorschläge für eine Satzungsänderung und die Diskussion zur weiteren Entwicklung der »Barnimer Bürgerpost«. Auf der Tagesordnung stehen zudem die Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer.

Dr. Manfred Pfaff, Vereinsvorsitzender

Frauenwoche nicht im Barnim?

Potsdam (bbp). Die Veranstaltungen zur diesjährigen Brandenburgischen Frauenwoche finden in der Zeit vom 2. bis zum 12. März statt. Die mittlerweile 16. Frauenwoche steht unter dem Motto »Mit Recht und Courage – Frauenrechte zwischen Anspruch und Wirklichkeit«. Thematische Schwerpunkte sind:

95 Jahre Internationaler Frauentag – Geschichte, Bewegung, Traditionen, Solidarität; die Umsetzung europäischer Frauenpolitik auf lokaler Ebene; die eigenständige Existenzsicherung für Frauen; Menschenrechtsverletzungen an Frauen – Gewalt, frauenspezifische Verfolgungsgründe; Mädchenpolitik zwischen Kinder- und Frauenrechten sowie Lebensräume für Frauen – Würde, Vielfalt, Selbstbestimmung. An der 16. Brandenburgische Frauenwoche beteiligen sich die 3 kreisfreien Städte und 9 Landkreise. Der Landkreis Barnim und die Stadt Eberswalde fehlen trotz hauptamtlich beschäftigter Gleichstellungsbeauftragte in der Liste der Veranstalter.

Bundesweiter Aktionstag gegen Gentechnik 3. März in Eberswalde

Treffpunkt 10 Uhr auf dem Karl-Marx-Platz
(siehe Seite 2)

Bundesvogel in Quarantäne

Wegen der Seuchenlage wurde die Stallpflicht auf das Bundesfedervieh ausgedehnt. Die neueste, eben emittierte 2-Euro-Prägung der Bundesbank trägt auf der Rückseite das Holstentor anstelle des Adlers. Nur eine Schutzmaßnahme? Gemunkelt wurde schon lange, daß der Bundesadler kränkelt. Ist er nun ernstlich erkrankt? Ob vor Bundeseinrichtungen mit dem Hoheitszeichen nun Schutzzonen eingerichtet werden, war nicht zu erfahren.

R. R.

here we go...

Veranstaltungen im »Exil«

Freitag, den 03.03.06

Die Mimmi's (Punkrock aus Bremen)
Hormonstörung (Punk aus Rostock)
Einlaß ab 21 Uhr

Samstag, den 15.04.06

CRUSHING CASPARS (aus Rostock)
PROTEST (aus Bergen/Rügen)
Einlaß ab 21 Uhr

Samstag, den 22.04.06

OXO 86 - (Bierchansons aus Bernau)
(weitere bands in planung)
Einlaß ab 21 Uhr

Sonntag 30.04.06

POKES (ehemals Trinkerkohorte) aus Berlin
Folkpunk mit meist englischen und manchmal auch deutschen Texten
Einlaß ab 21 Uhr

Internet: www.exil-eberswalde.de
Email: kontakt@exil-eberswalde.de

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
 Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Mierau (2),
Markmann (2), Triller (3)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktions-schluß: 25. Februar 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 25.3.2006, 12 Uhr.